

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

OSKAR ANWEILER

Gesellschaftliche Probleme der sowjetischen Erziehung

Die Erziehung ist nach Auffassung des Kommunismus in erster Linie ein gesellschaftliches Phänomen, ihre Ziele, Aufgaben und Institutionen sind auf die Gesellschaft bezogen, und alle einzelnen Seiten der Erziehung haben einen gesellschaftlichen Aspekt. Eine Untersuchung, die sich den gesellschaftlichen Problemen der Erziehung in der heutigen Sowjetunion zuwendet, muß von diesen allgemeinen weltanschaulichen Voraussetzungen ausgehen; sie muß aber gleichzeitig berücksichtigen, daß seit der russischen Revolution über 40 Jahre und seit dem Wirken von Marx und Engels rund 100 Jahre vergangen sind, so daß die kommunistische Erziehungsauffassung selbst Wandlungen unterlegen ist, die in gewisser Hinsicht

eine Anpassung an die tatsächlich eingetretenen Verhältnisse bedeuten. Es empfiehlt sich daher für unsere Untersuchung von einer dreifachen Fragestellung auszugehen:

1. wie sieht der Marxismus-Leninismus das prinzipielle Verhältnis von Erziehung und Gesellschaft,
2. wie hat sich dieses Verhältnis in der geschichtlichen Wirklichkeit der Sowjetunion seit 1918 gestaltet,
3. welche Probleme stehen heute im Vordergrund?

Die systematische Besinnung und die historische Skizze sollen den Boden für eine Gegenwartsanalyse bereiten.

I. Gesellschaft und Erziehung in der kommunistischen Pädagogik

Wenn davon die Rede war, daß die Erziehung in der Deutung des Kommunismus primär ein gesellschaftliches Geschehen ist, dann ist mit diesem allgemeinen Satz noch nicht viel gewonnen. Seit eh und je wurde die Erziehung als ein soziales Verhältnis von Menschen gesehen, in der die Älteren all das an Sitten, Gewohnheiten und Bräuchen, an Kulturgütern, Wertmaßstäben und religiösen Überzeugungen auf die Heranwachsenden zu übertragen suchen, was sie selbst erworben oder neu geschaffen haben. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die Art und Weise, wie eine solche Tradierung erfolgt, also z. B. in welchen Institutionen, aber auch in welchem Ausmaß und für welche Gruppen, in hohem Maße von der gesamten ökonomischen, sozialen und politischen Struktur der betreffenden menschlichen Gemeinschaft abhängig ist. Marx hatte daher recht, als er im Kommunistischen Manifest, an die Bourgeoisie

gewendet, erklärte: „Aber, sagt ihr, wir heben die trauesten Verhältnisse auf, indem wir an die Stelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen. Und ist nicht auch eure Erziehung durch die Gesellschaft bestimmt? Durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, innerhalb derer ihr erzieht, durch die direktere oder indirektere Einmischung der Gesellschaft, mittels der Schule usw.? Die Kommunisten erfinden nicht die Einwirkung der Gesellschaft auf die Erziehung; sie verändern nur ihren Charakter, sie entreißen die Erziehung dem Einfluß der herrschenden Klasse“¹⁾.

Aber nun meint die marxistische Definition der Erziehung als einer gesellschaftlichen Erscheinung mehr als die oben beschriebene Tat-

1) Karl Marx, Die Frühschriften. Hrsg. von Siegfried Landshut. (Kröners Taschenausgabe Band 209). Stuttgart 1953. S. 544.

sache. In dem Zitat aus dem Kommunistischen Manifest finden wir einen Hinweis darauf, in welcher Richtung sich dieser allgemeine Satz zuspitzt: die Erziehung ist ein Bestandteil des Klassenkampfes, genauer, „vermittels der Erziehung verwirklichen die herrschenden Klassen ihre Politik, üben sie ihren Einfluß auf die heranwachsende Generation aus“²⁾. Dieses Merkmal gilt nach marxistischer Auffassung für alle historischen Erscheinungsformen der Erziehung, angefangen von der athenischen und spartani-

„Wir lösen gegenwärtig zwei Aufgaben: die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus und die Erziehung des neuen Menschen. Im Grunde genommen ist das ein einheitlicher Prozeß. Bleiben wir mit der Bildung und Erziehung des Sowjetmenschen zurück, dann wird unvermeidlich der gesamte Aufbau des Kommunismus ins Stocken geraten.“

Chruschtschow auf dem Allrussischen Lehrerkongreß am 9. Juli 1960

schen Erziehung bis zur bürgerlichen Erziehung im 19. und 20. Jahrhundert, und ausdrücklich auch für die erste Phase des Sozialismus, die Periode der Diktatur des Proletariats, in der nach den Worten des bolschewistischen Parteiprogramms von 1919, „Schule und Erziehung eine Waffe zur Umgestaltung der Gesellschaft“ darstellen. Bildung und Erziehung haben also einen ausgesprochenen Klassencharakter, und Lenin hat ausdrücklich davon gesprochen, daß die Behauptung, Schule und Bildung stünden außerhalb der Politik, „reine Heuchelei“ sei. Ebenso eindeutig heißt es in der „Pädagogischen Enzyklopädie“ von 1927: „Die Schule ist eine ideologische Waffe in dem Kampf einer Klasse gegen die andere. Und jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Das Proletariat, das um die Schule kämpft, proklamiert das Prinzip der

2) B. P. Jessipow — N. K. Gontscharow, Pädagogik. Leipzig 1948. S. 8.

politischen Erziehung im revolutionären Geist" ³⁾. Zwanzig Jahre später lautet eine Kapitelüberschrift im Lehrbuch der Pädagogik von Jessipow-Gontscharow: „Die Erziehung in der UdSSR als Werkzeug zur Festigung des Sowjetstaates und des Aufbaus der klassenlosen Gesellschaft“.

Kein Absterben der Schule

Eine zu starke Betonung der „objektiven“ gesellschaftlichen Verhältnisse konnte zu einer krassen Milieutheorie, zu einem weitgehenden Verzicht auf eine planmäßige erzieherische Einwirkung in besonderen Institutionen führen. Die um 1930 entwickelte Theorie vom „Absterben der Schule“ z. B. hatte ihre ideologischen Wurzeln in der Auffassung, daß angesichts der rapiden sozialen Umgestaltungen (Industrialisierung, Fünfjahresplan, Kollektivierung) die entscheidenden erzieherischen Einflüsse von der täglichen Arbeit, von der Fabrik, den Gewerkschaften usw. ausgingen, während die Schule als besondere Unterrichts- und Erziehungsanstalt an Gewicht einbüße. Dagegen hat dann Stal in die Rolle des „aktiven Überbaus“, also des Staates, betont, der in der Lage und dazu berechtigt sei, planmäßige Eingriffe vorzunehmen, den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß zu beschleunigen und — auf dem Felde der Erziehung — aktiv an der Formung des Bewußtseins mitzuwirken. Die kommunistische Pädagogik vertritt seitdem — im Unterschied zu einer bloßen Milieutheorie — ein dialektisches Verhältnis von gesellschaftlichen Bedingungen und Erziehung. Sie stützt sich hierbei auf die Marx'schen Worte aus seiner 3. These über Feuerbach: „Die materialistische Lehre (Feuerbachs) von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß“ ⁴⁾. Demzufolge heißt es, auf die Pädagogik angewandt: „Die Umgebung wirkt auf die Entwicklung des Kindes ein . . . Aber die Umgebung selbst ist nicht unveränderlich . . . Das Milieu, in dem die Regeln sozialistischen Gemeinschaftslebens zur Grundlage des Verhaltens des Menschen geworden sind, ist selbst erst ein Ergebnis der revolutionären gesellschaftlichen Umbildung und der neuen Erziehung . . . Die Erziehung ist kein Naturvorgang, sondern ein zielgerichteter organisierter Prozeß, und deshalb ist die Bedeutung der Schule als des Hauptwerkzeuges der

Die Erziehung ist demnach nicht nur bloße „Widerspiegelung“, bloßer „Reflex“ der Basis im Sinne der „Basis-Überbau“-Relation in der materialistischen Geschichtsauffassung. In der Tat ergaben sich aus der marxistischen Weltanschauung anfangs gewisse Schwierigkeiten für die Rolle der Erziehung im proletarischen Staat.

Erziehung der heranwachsenden Generation in der sowjetischen Gesellschaft außerordentlich groß“ ⁵⁾.

Auf dieser dialektischen Wechselbeziehung von „objektiven“ ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen und „subjektiven“ planmäßigen erzieherischen Einwirkungen beruht das Entwicklungsgesetz der sowjetischen Gesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus. In der neuesten parteiamtlichen Veröffentlichung über „Probleme der kommunistischen Erziehung“ heißt es hierzu: „Die Produktionsbeziehungen stellen die objektive Grundlage der Erziehung dar . . . Die verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen (der subjektive Faktor) beeinflussen zielstrebig und systematisch die Psyche des Menschen und impfen ihr bestimmte Eigenschaften ein . . . Die aktive Rolle des subjektiven Faktors in der Erziehung be-

steht darin, den Menschen eine bestimmte Weltanschauung und moralische Züge einzupflanzen, die der ökonomischen Lage der Klasse oder der Gesellschaft im ganzen entsprechen“ ⁶⁾.

Die Sowjetunion befindet sich nach eigenem Urteil derzeit im Stadium des „Übergangs zum Kommunismus“. Wann der Vollkommunismus verwirklicht sein wird, steht nicht genau fest; Chruschtschow deutete an, daß diejenigen die jetzt in die Schule gehen, schon unter dem Kommunismus leben würden, also in 20 bis 30 Jahren. Die wichtigsten Kriterien des kommunistischen Endzustandes sind nach gegenwärtiger Definition folgende: „Jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“, d. h. teilweise Abschaffung des Geldes und Ersatz durch kostenlose Zuteilung von Brot und anderen einfachen Lebensmitteln, Angleichung von Stadt und Land (d. h. völlige Mechanisierung der Landwirtschaft, Aufhebung des Kollektiveigentums, Agrostädte), weiteres Steigen der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Abnahme der Arbeitszeit (bis auf 36 Stunden wöchentlich und darunter), „maximale Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse“, u. a. durch Schulbildung von mindestens 11 Jahren für alle. Es handelt sich um die Verwirklichung der Endzeitutopie — das Paradies auf Erden, die Harmonie aller Menschen, Wohlfahrt, „allseitige Entfaltung der Persönlichkeit“ usw.

Entwicklung zum totalen Erziehungsstaat

Um dorthin zu gelangen, bedarf es in erhöhtem Umfange der Erziehung. In dem Maße, wie der Staat — aus welchen Gründen auch immer — auf die Anwendung von Zwang und Terror verzichtet, gewinnt die freiwillige Gefolgschaft immer größere Bedeutung. Nur durch Erziehung kann eine Übereinstimmung zwischen dem Willen der Millionen Individuen mit den allgemeinen Zielen der Gesellschaft, wie sie die Partei- und Staatsführung setzt und interpretiert, erreicht werden. Infolgedessen kann man davon sprechen, daß sich die Sowjetunion zu einem permanenten und totalen Erziehungsstaat hin entwickelt. Diese Entwicklung liegt in der Gesetzmäßigkeit der kommunistischen Lehre begründet: wenn alle äußeren Zwänge abfallen, wenn der Staat „abstirbt“, dann müssen die Menschen auf Grund einer Kollektivhaltung, die ihnen anerzogen worden ist, gesellschaftskonform handeln.

Es wird bei uns oft — und mit Recht — von dem Vorrang der Kollektiverziehung vor der Persönlichkeitsbildung im kommunistischen

System gesprochen. Wir machen es uns aber zu leicht, wenn wir diese Tatsache meinen konstatieren und damit abtun zu können. Das Problem muß heißen: welche inneren Veränderungen bewirkt die Kollektiverziehung im einzelnen Menschen, welcher neue und andersartige Persönlichkeitsbegriff ergibt sich daraus? Es gibt keine bessere Illustration des von den Kommunisten erstrebten Idealverhältnisses von Persönlichkeit und Kollektiv und keinen besseren Hinweis auf die Rolle, welche dabei der Erziehung zukommt, als den entsprechenden Abschnitt in dem parteiamtlichen Werk „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“: „Mit der Annäherung an den Kommunismus werden zweifellos nicht nur die Ansprüche der Mitglieder der Gesellschaft wachsen, sondern auch die Anforderungen der Gesellschaft an ihre Bürger, an ihr Verhalten in der Produktion, in der Öffentlichkeit, in der Familie und in der ganzen Lebensweise. Doch diese Forderungen werden sich immer mehr auf die Methoden der moralischen Einwirkung und Überzeugung stützen. Gleichzeitig wird sich

³⁾ Pedagogičeskaja enciklopedija. Hrsg. von A. G. Kalašnikov. Bd. I. Moskau 1927. Sp. 445.

⁴⁾ a. a. O. S. 339 f.

⁵⁾ Jessipow — Gontscharow, a. a. O. S. 21.

⁶⁾ Problemy kommunističeskogo vospitanija. Hrsg. von der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU. Moskau 1960. S. 3 ff.

der Schwerpunkt der Erziehung des neuen Menschen unmittelbar in das Kollektiv verlagern. . . . Das sozialistische Kollektiv kann einen überaus wirksamen Einfluß ausüben und vermag, falls notwendig, selbst scheinbar unverbesserliche Menschen umzuerziehen und zu nütz-

lichen Mitgliedern der Gesellschaft zu machen. . . . Es kann keinen Zweifel geben, daß der Mensch der Zukunft, der Mensch, für den die Prinzipien des Kommunismus Grundlage seines Bewußtseins, Stimme seines Gewissens sind, gerade im Kollektiv geformt wird“⁷⁾.

Formung des Gewissens im Kollektiv?

Ich möchte den letzten Satz aufgreifen: Die Stimme des menschlichen Gewissens wird im Kollektiv geformt. Das ist die äußerste Entgegensetzung gegen jede personale Ethik, in der gerade das Gewissen als die letzte und innerste Instanz des Menschen frei ist von allen gesellschaftlichen Zwängen, weil es seinem Wesen nach jenseits aller gesellschaftlichen Determination steht. Ein „Kollektivgewissen“ ist die Negation der Freiheit; wir sollten uns dabei nicht verhehlen, daß es Menschen gibt, denen das Gewissen etwas Lästiges ist, welches sie gern einer anderen Instanz überlassen — die jüngste Vergangenheit bietet hierfür genügend erschreckende Beispiele.

Der kommunistisch erzogene Mensch soll in jedem Falle den Vorrang der gesellschaftlichen Interessen vor den persönlichen bejahen und darüber hinaus — was noch wesentlicher ist — die persönlichen Gewissensentscheidungen an das Kollektiv binden. Da dieses anonyme Gebilde als solches aber keine verbindlichen Anweisungen zu geben vermag, ist in Wirklichkeit die in der jeweiligen Führungsgruppe verkörperte „kollektive Weisheit“ der Partei die höchste sittliche Instanz, von der die Normen für die Lebensführung und Erziehung ausgehen. Es ist wichtig festzustellen, daß auch unter dem entwickelten Kommunismus in seinem vollendeten Stadium darin keine Änderung eintreten kann. Es ist vielmehr das letzte Ziel der Erziehung, gesellschaftskonforme Menschen heranzubilden, die einer Kontrolle durch das „gesellschaftliche Gewissen“ unterliegen und deren persönliche Freiheit in der Zustimmung zum Kollektiv besteht. „Wer immer den Gehorsam gegenüber dem Gemeinwillen verweigert, wird dazu durch die gesamte Staatsführung gezwungen werden; was nichts anderes heißt, als daß man ihn zwingen wird, frei zu sein“ (Rousseau).

In dem Zusammenfallen der gesellschaftlichen und persönlichen Interessen und Bestrebungen liegt das entscheidende Merkmal des „neuen Menschen“, den die Erziehung heranzubilden hat. Im einzelnen weist er folgende Wesensmerkmale auf: „Treue zum Kommunismus und Unversöhnlichkeit gegenüber seinen Feinden, das Bewußtsein der gesellschaftlichen Pflicht, aktive Teilnahme an der Arbeit zum Wohle der

Gesellschaft, die freiwillige Einhaltung der Grundregeln des menschlichen Zusammenlebens, die kameradschaftliche gegenseitige Hilfe, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit und die Unuldamsamkeit gegenüber allen, die gegen die gesellschaftliche Ordnung verstoßen“⁸⁾. Menschliche Tugenden allgemeinen Charakters (Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit) haben hier ihren Wert nur im Bezug auf das „gesellschaftliche Wohl“; sie sind also auch jederzeit umkehrbar: gegen die „Feinde“ dieser Gesellschaft. Die kollektive Moral ist eine exklusive Gruppenmoral mit Freund-Feind-Charakter.

Auf ein Merkmal des „neuen Menschen“ und einen Hauptzug der kommunistischen Erziehung muß noch besonders hingewiesen werden: Dieser Mensch ist primär „homo faber“, er ist — schon Marx hat ihn so definiert — ein „arbeitendes Wesen“. Die Erziehung zur Arbeit ist demnach der wichtigste Bestandteil der kommunistischen Erziehung. Entscheidend für das Verhältnis von Erziehung und Gesellschaft sind wiederum der Gedanke und die Forderung, daß die Arbeit nicht nur ein Mittel zur persönlichen Bedürfnisbefriedigung darstellt und nicht nur — vielleicht — als persönliche Freude empfunden wird, sondern in erster Linie als Dienst an der Gesellschaft angesehen wird, und zwar gewissermaßen direkt, nicht auf Umwegen und nicht bloß im subjektiven Bewußtsein. Daraus folgt weiter die Auffassung, daß die Gesellschaft und ihr Organ, der Staat, ohne weite-

res berechtigt sind, Aufmaß sowie Art und Weise der Arbeitsleistung für den einzelnen nach eigenem Ermessen festzulegen. Anders formuliert: die Erziehung im Kollektiv bezweckt die höchste Arbeitsleistung für das Kollektiv. Die gesellschaftliche Kontrolle tritt in dem Augenblick ein, wo sich ein einzelner dieser Arbeitsverpflichtung zu entziehen sucht. Man argumentiert dann im Sinne der Kollektivmoral: du hast deine Pflicht gegenüber der Gesellschaft nicht erfüllt. Es scheint mir wichtig zu sein, das Augenmerk auf die Frage zu lenken, wieweit die kommunistische Erziehung mit Erfolg eine solche Kollektivmoral und die daraus resultierende gesellschaftliche Haltung tatsächlich erreicht, oder ob hier widerstreitende Tendenzen im Spiel sind.

Die systematischen Überlegungen über das Verhältnis von Gesellschaft und Erziehung lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die planmäßige, bewußte Erziehung spielt im Kommunismus als Bestandteil des dialektischen Widerspiels von „Basis“ und „Überbau“ eine überragende Rolle. Diese Rolle nimmt gegenwärtig noch zu, weil beim „Übergang zum Kommunismus“ als der höchsten Phase der menschlichen Gesellschaft die äußeren Zwangsmittel zugunsten der inneren Antriebe zurücktreten sollen. Der „neue Mensch“ der kommunistischen Gesellschaft soll so erzogen sein, daß er aus eigenem Willen und aus freien Stücken sich gesellschaftskonform verhält. Darin besteht seine persönliche Freiheit. Ob in ferner Zukunft einmal, analog zum „Absterben des Staates“, auch die planmäßige, institutionalisierte Erziehung „abstirbt“, ist eine offene Frage für die Ideologen — die kommunistische Utopie wäre vollendet, wenn die Gesellschaft gleichsam in ihren Urzustand zurückfiel, wo sich die Erziehung absichtslos, organisch in den Sozialordnungen selbst vollzog.

II. Die soziologische Seite der sowjetischen Bildungspolitik seit 1918

Nach dem Sieg der bolschewistischen Revolution in Rußland erklärte Lenin, der stets die Verhältnisse sehr realistisch beurteilte, über den bevorstehenden Aufbau der sozialistischen Gesellschaft: „Wir können (und wir müssen) den Aufbau des Sozialismus nicht mit einem phantastischen und speziell von uns geschaffenen Menschenmaterial (!) beginnen, sondern

mit dem, das uns der Kapitalismus vererbt hat. Das ist äußerst schwierig, daran kann kein Zweifel bestehen, aber anders kann man ernsthaft an die Sache nicht herangehen, und es lohnt nicht, davon zu reden“⁹⁾. Diese Worte sind in verschiedener Hinsicht aufschlußreich: Sie zeigen einmal, daß sich die Bolschewiki in Rußland in einer Situation befanden, die keineswegs den Marxschen Prämissen entsprochen hat. In dem agrarischen Rußland mit seiner noch un-

7) Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Berlin (Ost) 1960. S. 784 f.

8) *ibid.* S. 784.

9) V. I. Lenin, Sočinenija. 4. Aufl. Bd. 31, S. 32.

entwickelten Industrie und dem kaum 3 Millionen Menschen zählenden Proletariat waren die ökonomischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für ein, wie Marx gemeint hatte, „Sprengen des Überbaus“ aufgrund der verwandelten Basis nicht gegeben. Die politische Revolution ging der ökonomischen voraus. Die sozialistische Gesellschaft, deren wesentlichen Züge nach Marx bereits in der voraufgegangenen kapitalistischen Ordnung vorgebildet sein sollten, mußte erst geschaffen werden, und zwar mit Menschen, die noch weit überwiegend

nicht einmal „bürgerlich“, sondern vor-bürgerlich lebten und dachten. Daraus folgte für die Erziehung die Aufgabe, diese Menschen für die Ideen des Kommunismus zu gewinnen und ihnen gleichzeitig alle jene Eigenschaften und Gewohnheiten anzuerziehen, die in einer reifen industriellen Gesellschaft den dort lebenden Menschen selbstverständlich waren. Mit anderen Worten: Die russischen Bauern- und Arbeitermassen sollten sowohl mit einem „sozialistischen Bewußtsein“ ausgestattet werden wie die elementaren Arbeitsfertigkeiten, technischen Kenntnisse und kulturellen Gepflogenheiten er-

lernen, die für eine moderne Zivilisation unentbehrlich sind. Die sowjetische Bildungspolitik mußte das sechzigprozentige Analphabetentum der Bevölkerung überwinden und mittels gezielter Maßnahmen die für eine industrielle Gesellschaft erforderlichen technischen, wissenschaftlichen und bürokratischen „Kader“ zu einem erheblichen Teil erst schaffen. Zwischen diesen beiden Polen politisch-ideologischer Schulung einerseits und der Hebung des allgemeinen und fachlichen Bildungsniveaus andererseits bewegte sich die praktische Bildungsarbeit in Sowjetrußland bis auf den heutigen Tag.

Waffe zur Umgestaltung der Gesellschaft

Lenins Worte von dem „schlechten Menschenmaterial“, mit dem die Kommunisten rechnen mußten, sind ferner ein Grund dafür, daß — wie schon vorhin gesagt — die Erziehung als „Waffe zur Umgestaltung der Gesellschaft“ proklamiert und praktiziert wurde. Es mußte der Parteiführung darauf ankommen, mittels verschiedener Maßnahmen pädagogischer und schulpolitischer Art den im Gange befindlichen gesellschaftlichen Umschichtungsprozeß zu unterstützen, ja zu provozieren. Ein Beispiel: Die 1919 ins Leben gerufenen „Arbeiterfakultäten“ hatten einen doppelten Zweck: einmal sollten sie bildungswilligen und möglichst auch begabten Jugendlichen ohne eine komplette Schulbildung den Zutritt zum Hochschulstudium ermöglichen, daneben aber — und das war genau so wichtig —

sollte auf diese Weise eine neue Intelligenzschicht herangebildet werden, die politisch zuverlässig und mit dem sozialistischen Bewußtsein ausgestattet war. Oder ein anderes Beispiel: Eine der ersten Erklärungen des Volkskommissariats für das Bildungswesen bezog sich auf die öffentliche Erziehung der Kinder im Vorschulalter, also der 3- bis 7jährigen. Es wurde dort festgestellt, daß eine derartige Erziehung die sozialen Instinkte im Kinde entwickle und es von kleinauf auf die gesellschaftliche Rolle vorbereite, die es später einnehmen werde. In den folgenden Jahren versuchte man, wo es nur ging, Kindergärten oder geschlossene Kinderheime einzurichten. Diese gesellschaftliche Erziehung diente nicht nur der Bekämpfung akuter Nöte, wie z. B. der gewaltigen Kinderver-

wahrlosung, sondern entsprang ebenso sehr dem gesellschaftspolitischen Leitbild. Noch 1927 wurde amtlich erklärt: *„Das Proletariat weiß, daß der Mensch das Produkt gesellschaftlicher Beziehungen ist. . . Deshalb ist eine rational organisierte gesellschaftliche Erziehung von der frühen Kindheit an eine der Kampflosungen der proletarischen Pädagogik. Letztere tritt entschlossen gegen die Familienerziehung auf, u. a. auch deswegen, weil auf der einen Seite die gegenwärtige ökonomische Entwicklung zur Beseitigung der Familie des Arbeiters führt, die gar keine Zeit hat, sich mit der Erziehung ihrer Kinder zu befassen, und weil auf der anderen Seite die häusliche Erziehung bei der bestehenden kulturellen Rückständigkeit der Familien gar nicht vernünftig organisiert werden kann“*¹⁰⁾.

Eingeständnis eines Mißerfolges

Es ist nun überaus bezeichnend, daß seit etwa 1931 diese Politik geändert wurde und die sowjetische Schule und Erziehung gleichsam eine neue gesellschaftliche Funktion zugeteilt bekam. Die um diese Zeit eingeleitete „Stabilisierung“ des sowjetischen Schulwesens war, von dieser Seite aus betrachtet, das Eingeständnis eines Mißerfolges: es war nicht gelungen, gleichsam im ersten Anlauf, mittels der Erziehung ein neues gesellschaftliches Bewußtsein zu schaffen und die Schule völlig zu sozialisieren. Stalin und die Parteiführung standen vor der Alternative: entweder man ging in der bisherigen Richtung weiter und machte die Schule vollends zu einem „Anhängsel des Betriebes“, ließ die Schüler wochen- und monatelang „gesellschaftlich nützliche Arbeit“ leisten und reihte sie auf diese Weise unmittelbar in die „Front des sozialistischen Aufbaus“ ein, oder man nahm die Schule aus dieser vordersten Front heraus, reduzierte ihre Aufgaben auf die ursprünglichen und primären Funktionen der Kenntnisvermittlung und schuf auf diese Weise die soliden Grundlagen für eine industrielle Gesellschaft, die sich nach Wissen und Leistung differenziert.

Die Entscheidung zugunsten der zweiten Lösung bestimmte das gesamte Gesicht des sowjetischen Bildungswesens bis vor wenigen Jahren. Die Schule übernahm, um mit Schelsky zu sprechen, die Zuteilung der sozialen Rolle, sie bestimmte entscheidend den gesellschaftlichen Status des einzelnen. Das in der Stalin-Ära aufgebaute sowjetische Schulsystem diente, soziologisch gesehen, dazu, den Umwandlungsprozeß von der Agrar- zur Industriegesellschaft zu kanalisieren, die soziale Mobilität in bestimmte, vom Staat gewünschte Bahnen zu lenken. Das wird sofort ersichtlich, wenn man sich die Aufgaben ansieht, die den einzelnen Schultypen zugemessen waren: Auf dem Minimalfundament

der vierjährigen Grundschule bauten die Berufsschulen der staatlichen Arbeitsreserven auf, denen die Ausbildung der unteren Arbeiterkategorien oblag. Von der siebenjährigen Mittelschule führte der weitere Bildungsgang zum Technikum, das die verschiedenen mittleren Berufsgruppen in Industrie, Landwirtschaft, Verwaltung und Kultur stellte. Die zehnjährige vollständige Mittelschule schließlich berechnete zum Hochschul- und Universitätsstudium und damit zur höchsten Ausbildung, die die akademische Führungsschicht stellte. Die „Bildungsleiter“ erfüllte also ganz bestimmte gesellschafts- und wirtschaftspolitische Zwecke, der Grad der erworbenen Bildung wurde umgekehrt zunehmend zum Maßstab der sozialen Geltung.

Weltanschaulich-politische Erziehung

Es bleibt die Frage, wie angesichts dieser Entwicklung, die wir aus den anderen modernen Industriegesellschaften kennen, die übergreifende Aufgabe der Erziehung zum „neuen Menschen“ und zum neuen gesellschaftlichen Bewußtsein gelöst wurde. Und hier können wir zum zwei-

tenmal im Grunde genommen ein Scheitern feststellen. Während in den zwanziger Jahren der unmittelbare revolutionäre Impuls, die gesell-

10) Pedagogičeskaja enciklopedija, Bd. I, Sp. 445.

schaftliche Aktivität des Komsomol und die Schule als soziale Lebensform dieses Ziel zu erreichen strebten, verlagerte sich später die gesellschaftliche Erziehung fast ausschließlich auf die weltanschaulich-politische Schulung. Der patriotische Aufschwung des Krieges gegen Deutschland trug wesentlich zur Stärkung des Nationalbewußtseins bei, aber die Erziehung zum Kollektiv blieb hinter derjenigen zur Leistung zurück. Man könnte sogar sagen, daß hinter der Fassade der immer gepredigten Kollektivhaltung sich ein sehr robuster Individualismus und Egoismus breit machten, die durch die verschiedenen Leistungsprämien in Schule und Betrieb, durch den Grundsatz der „materiellen Interessiertheit“ und durch die Einführung von Titeln, Rängen, Orden usw. amtlich gefördert worden sind. Die sowjetische Erziehung steht ja vor der Schwierigkeit, den immer wieder angesprochenen individuellen und gruppenweisen Ehrgeiz, den Wettbewerb und den Leistungswillen gleich-

sam im umgreifenden Kollektiv zu integrieren, alle diese Eigenschaften und Antriebe für die gesellschaftlichen Zwecke zu mobilisieren und sie in dem Augenblick zu begrenzen, wo sie zu „individualistischen Abweichungen“ werden. Hinter der nach außen zur Schau gestellten Kollektivität spielen sich oft erbitterte persönliche Auseinandersetzungen und Machtkämpfe ab, nicht nur in den obersten politischen Gremien, sondern, was weit weniger an die breitere Öffentlichkeit dringt, aber doch jedem Sowjetbürger bekannt ist, in Instituten und Betrieben, Gewerkschaften, gesellschaftlichen Organisationen usw.

Wenn wir die Bilanz der gesellschaftspolitischen Rolle des sowjetischen Erziehungs- und Bildungswesens vor Beginn der gegenwärtigen Reformen, also um 1956, ziehen, so ergibt sich folgendes: Auf der einen Seite entstanden durch die Beseitigung des Analphabetentums und den Aufbau eines durchgegliederten Schulwesens die

wesentlichsten Voraussetzungen für eine neue soziale Gliederung nach Maßgabe der erworbenen Ausbildung, nachdem die alten Klassen durch Kollektivierung und Industrialisierung umgeschmolzen waren. Hingegen wurde gerade dadurch das in gleicher Weise erstrebte Ziel des „kollektiven Menschen“ in Frage gestellt. Im Sinne der marxistischen Theorie dürfte darin eigentlich kein Widerspruch bestehen, denn im gleichen Maße, wie sich die ökonomischen Verhältnisse und die gesellschaftlichen Beziehungen wandelten und sich — laut offizieller Erklärung — immer mehr dem Zustand der voll entwickelten kommunistischen Gesellschaft annäherten, mußten auch die Menschen — als Produkt der gesellschaftlichen Beziehungen — anders werden. Die gegenwärtige Reform des sowjetischen Schul- und Hochschulwesens und der dadurch bewirkte dritte gesellschaftliche Funktionswandel der Erziehung beweisen, daß dieses Problem bis heute ungelöst geblieben ist.

III. Die gesellschaftliche Erziehung in der gegenwärtigen Übergangsperiode zum „Vollkommunismus“

Die sowjetische Gesellschaft der fünfziger Jahre wies zahlreiche Symptome auf, die im Widerspruch zu der proklamierten Entwicklung zum kommunistischen Endzustand standen, etwa eine zunehmende Verfestigung des Eigentumsdenkens (Beispiel: Einführung einer gesetzlichen Erbregelung mit Konzessionen an die privaten Erben, Mißbräuche auf dem Gebiet des Haus- und Wohnungswesens) und eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber den „gesellschaftlichen Verpflichtungen“ gerade unter der Jugend, Zeichen, die nicht — wie die amtliche Erklärung lautet — „Überreste des bürgerlichen Denkens“ sind, sondern sich zunehmend entfalten und ihre Wurzeln durchaus in den eigenen sowjetischen Bedingungen haben. Im Westen hat man diesen

Prozeß oft als „Verbürgerlichung“ der Sowjetgesellschaft bezeichnet und im Sinne einer immer größeren Annäherung an die Lebensformen und — demzufolge auch — an die Lebensanschauungen und Denkgewohnheiten der westlichen Welt begrüßt; eine Auffassung, die in gewissen Grenzen zurecht besteht, wenn man nämlich darunter nichts anderes versteht als die Anpassung an äußere Formen der modernen Industrie- und Leistungsgesellschaft, die vielfach einen gleichen Lebensstil erzeugen, die aber falsch ist, sofern man darunter eine Selbstauflösung der kommunistischen Ideologie, einen durchgreifenden geistigen und politischen Liberalisierungsprozeß versteht, oder besser gesagt, sich erhofft.

Jahre 1958 begonnen hat und bis 1963 im wesentlichen abgeschlossen sein soll¹¹⁾.

Für unsere Frage nach den gesellschaftlichen Problemen der im Gange befindlichen Schul- und Erziehungsreformen scheinen mir folgende Punkte von besonderer Bedeutung zu sein:

1. Welcher Zusammenhang besteht zwischen den pädagogischen Maßnahmen und dem gesellschaftspolitischen Leitbild?
2. Welchen Platz sollen künftig die einzelnen Erziehungsträger — Eltern, Schule, Öffentlichkeit usw. — in der Erziehung des Nachwuchses einnehmen?
3. Wie ordnet sich das Erziehungs- und Bildungsproblem in den gesamten Komplex des proklamierten „Übergangs zum Kommunismus“ ein?

Aus den Begründungen der Reform wird deutlich, daß die verschiedenen Maßnahmen — polytechnischer Unterricht, Verbindung des Unterrichts mit Produktionsarbeit, Ausbau des berufsverbundenen Bildungsweges — einem übergreifenden gesellschaftlichen Leitbild entspringen und daß sie zu dessen Verwirklichung beitragen sollen. In den „Thesen“ des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR vom 16. November 1958 wurde dem Zukunftsbild der kommunistischen Gesellschaft breiter Raum

Voraussetzungen für den „Vollkommunismus“

Man wird schon heute feststellen können, daß die sowjetische Führung, und in hohem Maße wohl Chruschtschow persönlich, diese Entwicklung spätestens im Jahre 1956 erkannt hat und sie zu unterbrechen oder, richtiger gesagt, in die gewünschten Bahnen zu lenken sucht. Über den Enthüllungen der Untaten Stalins auf dem XX. Parteikongreß und dem geistigen „Tauwetter“ dieser Periode hat man beinahe völlig übersehen, daß auf dem gleichen Parteikongreß Chruschtschow die Grundlinien der neuen Erziehungs- und Bildungspolitik verkündet hat, die dazu bestimmt ist, die Voraus-

setzungen für den inzwischen offiziell proklamierten Übergang zum Vollkommunismus zu schaffen und die eine Korrektur der herausgebildeten Verhältnisse bewirken soll. Die beiden Richtlinien, welche Chruschtschow im Februar 1956 verkündet hat, lauten: einmal „Verbindung der Schule mit dem Leben, mit der Produktion“, zum anderen Verstärkung der gesellschaftlichen Erziehung der Jugend, am augenfälligsten in der Schaffung einer neuen Erziehungseinrichtung, der Internatsschulen. Unter diesen beiden Leitgedanken stehen alle einzelnen Maßnahmen der Schulreform, die im

11) Vgl. hierzu die Aufsätze des Verfassers: Die Reform des sowjetischen Bildungswesens, Osteuropa, IX (1959), S. 128—143; Zwischenbilanz der sowjetischen Schulreform, Osteuropa, XI (1961), S. 285—301.

gewidmet. Geht man von diesem Leitbild aus, so wird deutlich, welcher großer Widerspruch zwischen den realen Verhältnissen und den Zukunftsidealen besteht. Chruschtschow selbst hat diese Diskrepanz in aller Offenheit zugegeben und mit Emphase „die falsche, herrschaftlich-verächtliche Einstellung zur körperlichen Arbeit“ bei einem großen Teil der Jugend und der Eltern gegeißelt. In seinem Memorandum vom September 1958 erklärte er: „Mit einer solchen schlimmen Situation, daß in unserer Gesellschaft Menschen erzogen werden, die die körperliche

Arbeit nicht achten und vom Leben losgelöst sind, kann man sich nicht länger abfinden. In der sozialistischen Gesellschaft muß doch die Arbeit nach ihrem Nutzen bewertet werden, der Antrieb darf nicht nur im Lohn, sondern — und das ist die Hauptsache — in der öffentlichen gesellschaftlichen Wertschätzung liegen. Man muß der Jugend ständig einprägen, daß die Hauptsache für die Gesellschaft dasjenige ist, wovon sie lebt: die produktive Arbeit, denn nur sie schafft materielle Werte. Die Arbeit ist für jeden Sowjetmenschen ein Lebensbedürfnis“¹²⁾.

Der „Arbeiterbürger“ als Leitbild

Die Reformmaßnahmen sollen diese Widersprüche verringern und schließlich ganz verschwinden lassen. So bezweckt z. B. die Einführung des Produktionsunterrichts für alle Mittelschüler von der 9. Klasse an nicht nur eine Art allgemeiner beruflicher Grundausbildung, sondern ebenso sehr die Erweckung einer psychologischen Bereitschaft zur Arbeit überhaupt. Von vornherein wird den Kindern und Jugendlichen klarzumachen versucht, daß jede Arbeit gesellschaftlichen Wert besitzt und daß daher die Gesellschaft erwarten dürfe, daß sich jeder dem allgemeinen Wohl unterordne. Die pädagogische Literatur der beiden letzten Jahre wimmelt geradezu von Untersuchungen und Vorschlägen zu dem Thema, auf welchen Wegen, mit welchen methodischen Mitteln und mit welchem Erfolg die geforderte Arbeitseinstellung bei den Schülern erzeugt werden kann. Immer wieder scheint hierbei das gesellschaftliche Leitbild des „Arbeiterbürgers“ hindurch, den Chruschtschow als einen Menschen bezeichnet hat, der „sich richtig in das Arbeitskollektiv einfügen und sich dessen Interessen unterordnen“ soll.

So bildet also die Erziehung zur Arbeit den einen Eckpfeiler der sowjetischen Pädagogik beim Übergang zum Kommunismus. Daß ihre Bedeutung dabei vornehmlich auf dem Gebiet der Steigerung der Arbeitsproduktivität gesehen wird, ist nicht weiter verwunderlich; besteht doch schon seit Lenin die Überzeugung, daß hier die Entscheidung über den schließlichen Sieg der kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung über die „kapitalistische“ falle. Es besteht daher auch kein Widerspruch zwischen der Erziehung zur Arbeit als einem Faktor des wirtschaftlichen Fortschritts und ihrem Wert als dem „ersten Lebensbedürfnis des Menschen“. Unter beiden Aspekten gewinnt sie unter den gegenwärtigen Bedingungen eine zentrale Bedeutung, und es ist überaus bezeichnend, daß das „richtige“ oder „falsche“ Verhalten zur Arbeit zum Gegenstand der Rechtsprechung gemacht wird, die —

als Gegenstück zur positiven Erziehung — gegen „arbeits scheue Elemente“ einschreitet und sie einer „gesellschaftlichen Umerziehung“ unterwirft. Die in einigen Sowjetrepubliken kürzlich verabschiedeten Gesetze gegen „Parasiten und Schädlinge“, die einen Aufenthalt in Arbeitslagern vorsehen, sind ein notwendiges Gegenstück zu der Arbeitspädagogik und werden als Bestandteil der gesellschaftlichen Erziehung ausgegeben.

Damit ist schon der zweite Eckpfeiler der Erziehung genannt, der heute, wie noch nie zuvor

Totalitätsanspruch an den Menschen

Unter „bewußtem gesellschaftlichen Verhalten“ wird aber nicht nur das richtige Verhältnis zur Arbeit verstanden. Hierzu gehört die gesamte Lebensführung, die sich den Normen der kollektiven Ordnung, wie sie als Leitbild des Kommunismus proklamiert werden, anpassen soll. Der Grundsatz „kommunistisch arbeiten, kommunistisch lernen, kommunistisch leben“ vereinigt in eindrucksvoller Kürze den Totalitätsanspruch an den Menschen, der damit als solcher völlig der Gesellschaft ausgeliefert ist. Die Erziehung gewinnt dabei eine weit über das Schul- und Jugendalter hinausreichende Funktion einer permanenten gesellschaftlichen Kontrolle der Lebensführung, der sich der Einzelne nur schwer entziehen kann. Hier haben wir dann tatsächlich den von Marx für die entwickelte kommunistische Gesellschaft vorausgesagten Zustand, in dem der Mensch als vollendetes gesellschaftliches Wesen existiert und gerade dadurch, wie Marx meinte, seine wahre Freiheit gewinnt.

Der skizzierte Zusammenhang zwischen dem gesellschaftspolitischen Leitbild des Kommunismus und den pädagogischen Maßnahmen bringt eine erhebliche Verlagerung in den Aufgaben der einzelnen Erziehungsträger mit sich. Neben

in der Geschichte der sowjetischen Erziehung, an Gewicht gewinnt: Die Erziehung zum „bewußten gesellschaftlichen Verhalten“. „In unserem Lande trifft man noch Menschen, die die Arbeit lediglich als Mittel zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse ansehen und die gesellschaftlichen Interessen nicht anerkennen“ — dieser oft beklagte Zustand soll durch eine verstärkte politische Erziehung bekämpft werden, in deren Vordergrund die Erweckung „moralischer Motivationen“ anstelle der bis dahin als legitim anerkannten Grundsätze der „materiellen Interessiertheit“ steht¹³⁾. Letztere werden zwar nach wie vor und für einen längeren Zeitraum als wesentlich angesehen, aber sie sollen immer mehr zugunsten der ideellen Antriebe zurücktreten. Praktisch bedeutet das, daß künftig der Appell an freiwillige Leistungen den Anreiz des Lohnes, der Prämien usw. ersetzen soll — ein Vorhaben, dessen Gelingen wiederum Erziehung und genügend starke gesellschaftliche Kontrolle voraussetzt. Aus diesem Grunde heißt es auch unmißverständlich in der oben zitierten Darlegung: „Die entscheidende Rolle gebührt hierbei den Partei-, Staats- und gesellschaftlichen Organisationen“¹⁴⁾.

dem Elternhaus und der Familie auf der einen Seite, der Schule und dem Jugendverband auf der anderen kommt jetzt dem „Arbeitskollektiv“, der „öffentlichen Meinung“ in einem noch näher zu beschreibenden Sinne und — das ist die wichtigste institutionelle Neuerung — den gesellschaftlichen Erziehungseinrichtungen im Vorschulalter und den Internatsschulen größte Bedeutung zu. In einem Aufsatz unter dem Titel „Die Lebensweise des arbeitenden Menschen und der Kommunismus“¹⁵⁾ entwarf S. Strumilin, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, das bisher detaillierteste Bild der künftigen kommunistischen Gesellschaftsordnung und der konkreten Lebensformen des einzelnen Menschen. Über die Erziehung schreibt der Verfasser: „Die gesamte Verantwortung für das Schicksal des neuen Mitglieds der Gesellschaft und vor allem für seine Erziehung zum Menschen und Bürger kann die Gesellschaft selbst auf sich nehmen, indem sie der Familie in dieser Hinsicht nur jene Funktionen überläßt, die ihr ohne Schaden für die Kinder ohne weiteres anvertraut werden können . . . Die Vorteile

13) Problemy kommunističeskogo vospitanija, S. 56.

14) ibid. S. 55.

15) Rabočij byt i kommunizm, Novyj mir, 34 (1960), Nr. 7. S. 203—220.

12) Pravda, 21. 9. 1958.

der gesellschaftlichen Erziehung sind so groß und fühlbar, daß sich alle Aufwendungen der Gesellschaft in jeder Höhe und für alle Kinder des Landes bezahlt machen . . . Da wir die gesellschaftlichen Erziehungsformen allen anderen unbedingt vorziehen, steht vor uns die Aufgabe, diese Formen stetig so schnell auszubauen, daß sie der Bevölkerung des Landes — von der Wiege bis zur Ablegung der Reifeprüfung — in 15 bis 20 Jahren allgemein zur Verfügung stehen. Jeder Sowjetbürger wird bereits nach dem Verlassen des Entbindungsheims in die Kinderkrippe eingewiesen werden, von da aus in den durchgehend geöffneten Kindergärten oder in ein Kinderheim; hernach in die Internatsschule, um dann von hier aus . . . in das selbständige Leben, d. h. in die Produktion einzutreten oder aber um in dem gewählten Spezialfach weiterzustudieren“.

Es kommt hier nicht darauf an, den tiefen Gegensatz der Wertmaßstäbe und Lebensauffassungen darzutun, der sich hier gegenüber einer auf dem Prinzip der personalen Freiheit beruhenden Gesellschafts- und Erziehungsauf-

fassung enthüllt. Uns interessiert die Frage, welche Konsequenzen sich daraus für die inner-sowjetische Entwicklung ergeben. Dazu ist zu sagen, daß der Weg zu Strumilins Zukunftsvision schon beschritten wird. Im Rahmen des laufenden Siebenjahresplans (1959—1965) soll der Umfang der Vorschulerziehung so erweitert werden, daß insgesamt rd. 6,8 Millionen Kinder im Alter von 6 Wochen bis 7 Jahren in „vereinigten Vorschuleinrichtungen“ erfaßt werden können, die an die Stelle der bisher getrennt bestehenden Kinderkrippen (für die Kleinen bis zu 3 Jahren) und Kindergärten (3 bis 7 Jahre) treten. Wie aus den Ausführungen Strumilins hervorgeht, wird ein Teil dieser Kindergärten unmittelbar mit der anschließenden Internatsschule verbunden sein. In diesen kombinierten Kindergärten und Internaten kann man das Modell der künftigen kollektiven Erziehung erblicken. Einige solcher Anstalten sind bereits geschaffen worden, indem man an bestehende Internatsschulen Kindergärten anschloß oder umgekehrt.

Das Internat als Heimat

In der Internats- und Ganztageserziehung dokumentiert sich wohl am deutlichsten die gewandelte Auffassung von der Rolle der gesellschaftlichen Erziehung. Gewandelt nicht in dem Sinne, als ob früher nicht auch der Vorrang der öffentlichen Erziehung vor der häuslichen proklamiert worden wäre, wohl aber insofern, als bis heute praktisch doch das Elternhaus und die Familie als das eigentliche Heim des Kindes angesehen wurden, während es künftig umgekehrt sein soll: das Kind geht nach Hause gleichsam „in Urlaub“, seine eigentliche Heimat ist das Internat. Kinder, die nur am Wochenende oder erst am Abend in den Verband der Familie zurückkehren, sind zwangsläufig weit stärker der planmäßigen kollektiven Erziehung ausgesetzt als bei einem bloßen Vormittagsunterricht. Der laufende Siebenjahresplan sieht die Erweiterung der Internatsschulen auf 2,5 Millionen Plätze vor; das sind zwar noch nicht mehr als etwa 8 Prozent der gesamten Schuljugend, aber das Endziel einer totalen kollektiven Erziehung, das Chruschtschow wie folgt auf dem XXI. Parteikongreß formuliert hat, sollte ernst genommen werden: „In Zukunft sollen alle Kinder die Möglichkeit erhalten, in Internatsschulen erzogen zu werden; das wird zur erfolgreichen kommunistischen Erziehung der heranwachsenden Generation und zur Einbeziehung weiterer Millionen Frauen in die Reihen der aktiven Teilnehmer am Aufbau der kommunistischen Gesellschaft beitragen“¹⁶). Partei und Regierung nehmen Kurs darauf, daß in Zukunft alle Werktätigen, die es wünschen, ihre Kinder in Staatseinrichtungen erziehen können“¹⁷). Die vorläufige Betonung des Freiwilligkeitsprinzips ist nicht unbedingt ein Hinweis darauf, daß beim Vorhandensein der entsprechenden äußeren Voraussetzungen dieser Grundsatz gewahrt bleibt.

In dem erwähnten Aufsatz Strumilins finden sich auch einige Bemerkungen zu der Frage, welche Rolle künftig den verschiedenen Organen der „öffentlichen Meinung“ in der Erziehung zukommen soll. Es heißt da: „Die öffentliche Meinung spielt in unserem Milieu bereits heute eine gewaltige Rolle. Eine noch weitaus

größere Rolle gewinnen die gesellschaftliche Anerkennung oder, umgekehrt, die gesellschaftliche Verurteilung, der Tadel und Boykott der Gesellschaft in der künftigen Kommune, wo einer den anderen gut kennt, mit ihm befreundet ist und in gesellschaftlicher und künstlerisch schöpferischer Betätigung mit den anderen wetteifert“. Noch eindeutiger heißt es in den „Problemen der kommunistischen Erziehung“: „Die öffentliche Meinung gewinnt eine große praktische Bedeutung dank dem Einfluß, den sie auf Personen ausübt, welche die moralischen Normen verletzen. Die Praxis zeigt, daß die gesellschaftliche Einwirkung ein überaus wirksames Mittel bei der Erziehung der Menschen darstellt. Ein Mensch kann nicht außerhalb des Kollektivs leben; deswegen ist er auch bestrebt, das Vertrauen und die Achtung der Genossen wiederzugewinnen, sein Verhalten zu bessern, seine Fehler und Schwächen zu überwinden. Die Verurteilung eines Übertreters der gesellschaftlichen Normen durch das Kollektiv wirkt sich nicht nur auf ihn selbst aus, sondern auch auf seine Umgebung. Deshalb stellt die gesellschaftliche Einwirkung eine gewaltige prophylaktische Erziehungsmaßnahme dar“¹⁸). Es wird deutlich, was im sowjetischen Sinne „öffentliche Meinung“ bedeutet: die von den undiskutablen, durch die Partei festgelegten Prinzipien der „kommunistischen Moral“ gebildete, durch Partei-, Gewerkschafts- und Jugendorganisation verkörperte, dem einzelnen als geschlossene Front gegenüberstehende Norm der Lebensführung. Selbstverständlich handelt es sich in vielen Fällen um Vergehen, die in jeder gesellschaftlichen Ordnung geahndet würden, aber das ist nicht das Entscheidende: vielmehr wirkt hier das „Kollektivbewusstsein“ in einem geradezu tödlichen Sinne gegen die persönliche Würde des einzelnen und verlangt von ihm die Unterwerfung. Das öffentliche Verfahren soll dabei „erzieherische“ Wirkungen ausstrahlen, um ähnliche Normabweichungen zu verhüten.

Neue Formen gesellschaftlicher Erziehung

In den letzten Jahren haben sich drei Formen solcher gesellschaftlicher Erziehungs- und Kontrolltätigkeit herausgebildet, die als wichtige Etappen auf dem Wege zum Vollkommunismus angesehen werden: die Genossengerichte, die Volksdrushinen und die Brigaden der kommunistischen Arbeit. Alle drei werden unter dem Gesichtspunkt der Erziehung unbotmäßiger Mit-

glieder der Gesellschaft und als Mittel zur Erziehung des „neuen Menschen“ angesehen. Die Genossengerichte in den Betrieben, Instituten usw. urteilen Vorfälle ab, die nicht kriminellen Charakter haben, die aber „gesellschaftsfeindlich“ sind. In der Pädagogischen Hochschule in Leningrad z. B. wurden Anfang Oktober 1960 in einem derartigen öffentlichen Verfahren vor der gesamten versammelten Studentenschaft

16) Pravda, 28. 1. 1959.

17) Sovetskaja občestvennost' i škola, Sovetskaja pedagogika, 25 (1961), Nr. 5, S. 10.

18) a. a. O. S. 63 f.

drei Studentinnen wegen „Verstoßes gegen ihre gesellschaftliche Pflicht“ einem peinlichen Verhör unterzogen und von der Hochschule relegiert¹⁹⁾. Die „Volksdrushinen“ sind Streifen auf den Straßen und Plätzen, die vor allem gegen Trunkenheit und Rowdytum einschreiten sollen; insofern sind sie Hilfsorgane der Miliz, aber sie können — über den gesetzlich festgelegten Rahmen der Polizeirechte hinaus — die „öffentliche Meinung“ mobilisieren und „gesellschaftliche Strafen“ verhängen. Auch hier handelt es sich vielfach um die Bekämpfung offenkundiger Mißstände, unter denen jede Gesellschaft zu leiden hat; aber auch hier — ähnlich wie bei den Genossengerichten — stehen diese Maßnahmen außerhalb der normalen Rechtspflege, wodurch das Gefühl der Rechtssicherheit, das sich in der Sowjetunion allmählich herausgebildet hat, wiederum untergraben wird, gerade durch die Vermengung von prophylaktischen Erziehungsmaßnahmen und gerichtlichen Strafen. Was schließlich die „Brigaden der kommunistischen Arbeit“ betrifft, so handelt es sich hierbei um die Fortsetzung der altbekannten „Stoßbrigaden“, deren Aufgabe es ist, an der Spitze der Arbeitsnormen zu marschieren und die Produktivität zu steigern; aber ebenso sollen sie die Keimzelle der neuen kommunistischen Lebensordnung als Arbeits-, Wohn- und Freizeitkommune darstellen. Unter der Losung „Einer für alle, alle für einen“ gehen diese Brigaden kollektive Verpflichtungen ein, wie z. B. die folgende einer Brigade des

Dimitrow-Bergwerks im Donezbecken: „Wir, die Mitglieder einer Brigade der kommunistischen Arbeit . . . beschlossen, nach folgenden Grundsätzen zu leben und zu arbeiten:

Stets und überall werden wir den Namen eines Mitglieds der Brigade der kommunistischen Arbeit rechtfertigen. Das bedeutet, daß wir alle Kräfte, Energien und Fähigkeiten bewußt dem Aufbau des Kommunismus widmen und in uns selbst und bei unseren Genossen die Eigenschaften eines Mitglieds der kommunistischen Gesellschaft entwickeln.

Uns alle eint ein hohes bewußtes Verhalten zur Arbeit. Die Arbeit ist für uns nicht nur ein Existenzmittel, sondern ein körperliches und geistiges Bedürfnis, eine Form der Teilnahme an der weiteren Entwicklung der Gesellschaft. Das Gesetz der Brigade lautet — einer für alle und alle für einen. Alle Freuden und Leiden wollen wir gemeinsam teilen.

Wir alle wollen lernen. Ständig werden wir unsere fachliche Qualifikation, unser allgemeines und politisches Bildungsniveau erhöhen. Auf das Lernen verzichten, bedeutet einen Mangel an Bewußtsein und Achtung vor sich selbst.

Entschlossen brechen wir mit den Überresten der Vergangenheit: Trunkenheit, Rowdytum, unzüchtigen Reden, mit allem, was uns hindert, vorwärtszugehen. Wer diese Forderungen verletzt, ist des hohen Namens eines Mitglieds der Brigade der kommunistischen Arbeit unwürdig“²⁰⁾.

Totalitärer Wohlfahrtsstaat ?

Alle diese neuen Faktoren der gesellschaftlichen Erziehung sollen in der Zukunft eine ausschlaggebende Rolle spielen. Die Entwicklung in der Sowjetunion scheint auf den totalen Erziehungsstaat hinauszulaufen, dem im politischen und ökonomischen Bereich der totalitäre Wohlfahrtsstaat entsprechen würde.

Unter dem Begriff „totalitärer Wohlfahrtsstaat“, der seit kurzem in der wissenschaftlichen Diskussion aufgetaucht ist²¹⁾, kann man ein Gebilde verstehen, das seinen Bürgern ein hohes Maß an ökonomischer und kultureller

„Versorgung“ gewährt und ihnen gleichzeitig keine oder nur sehr beschränkte politische Freiheiten einräumt. Es wäre also gleichsam eine Synthese von moderner industrieller Massengesellschaft und politischer Diktatur. In einem solchen Staatswesen genießen die Bewohner einen auskömmlichen, ja unter Umständen sogar recht hohen materiellen Lebensstandard, sie verfügen über genügend freie Zeit und haben auch zahlreiche Möglichkeiten, diese Freizeit zu nutzen. Hingegen besitzen sie nicht das Recht, ihrer politischen Meinung frei und wirksam Ausdruck zu geben, ja sich eine solche überhaupt zu bilden, mit der Außenwelt in breiten und unge-

hinderten Kontakt zu treten und in der Gesellschaft, in der sie leben, über eine von dieser unabhängige private Sphäre zu verfügen. Ein solcher Staat gewährt seinen Bürgern in der Tat freien Zutritt zu den Bildungseinrichtungen, ja er spornt sie sogar an, davon Gebrauch zu machen. Er beurteilt den Bildungsstand der Bevölkerung unter dem Gesichtspunkt der Verwertbarkeit von Wissen und Können für die Ziele der staatlichen Macht, daher fördert er sie. Er schafft maximale Bildungsmöglichkeiten und begrenzt dabei entscheidend den Bildungsbegriff. Denn er versteht unter Bildung nicht die ungehinderte Entfaltung der dem menschlichen Geist innewohnenden Möglichkeiten, die lebendige, fragende und sich auch selbst in Frage stellende geistige Kraft, die um Form ringt, sondern die Summe feststellbarer und daher lehrbarer Kenntnisse, die nach dem Gesichtspunkt der monistischen Weltanschauung ausgewählt, in ein System gebracht und weitergegeben werden, fertiger Besitz, der den Geist festlegt. Eine Bildung, die nach den Gründen einer Entscheidung fragt und sich ungehindert im „offenen Gespräch“ befindet, ist für den totalitären Wohlfahrtsstaat gefährlich — eine solche, die ihren Träger mit ausgezeichneten Fachkenntnissen ausstattet, ist ihm willkommen.

Die sowjetische Bildungspolitik seit 1917 hat entscheidend dazu beigetragen, die „Bildung“ im letzten Sinne zu fördern, sie hat gleichzeitig alles unternommen, um Bildung im erstgenannten Sinne zu drosseln. So bietet die sowjetische Gesellschaft heute das zwiespältige Bild einer hochspezialisierten, in diesem Rahmen überaus leistungsfähigen, fortschrittsgläubigen und auch bildungsbeflissenen Welt, in der trotzdem die Möglichkeiten für eine echte individuelle Bildung von vornherein begrenzt sind. Bildung und Erziehung unterliegen einer permanenten gesellschaftlichen Kontrolle — der totale Erziehungsstaat, der dem Kommunismus vorschwebt, ist zugleich das Ende jeder echten Bildung. „Bildung ist ein freies Verhältnis der Menschen untereinander“ hat Tolstoj gesagt, oder, ein andermal: „Das einzige Kriterium der Pädagogik ist und bleibt allein — die Freiheit“.

Anmerkung:

Oskar Anweiler, Dr. phil., geb. 1925; Wissenschaftlicher Assistent für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg. Veröffentlichungen u. a.: Die Rätebewegung in Rußland 1905—1921, Leiden 1958; Die sowjetische Bildungspolitik seit 1917, Dokumente und Texte, Heidelberg 1961 (zusammen mit Klaus Meyer).

19) Učitel'skaja gazeta, 4. 10. 1960.

21) Vgl. die in „Ost-Probleme“, 12 (1960), Nr. 6 abgedruckte Diskussion zu diesem Thema.

20) Problemy kommunističeskogo vospitanija, S. 66.

INDIRA GANDHI

Indien heute

Das Thema dieses Beitrags heißt Indien — nicht das Indien der Maharadschas und der märchenhaften Juwelen und nicht das Indien des Aberglaubens, sonderbarer Vorgänge und der Tabus. Hier handelt es sich vielmehr um das neue, sich wandelnde Indien und um Pläne für Fortschritt und Entwicklung. Es ist ein neues Indien, das jetzt im Entstehen ist — ein Indien, das tief in der altherkömmlichen Tradition und in seiner kulturellen Erbschaft verwurzelt ist. Dieses neue Indien begann nicht etwa erst vor 14 Jahren, als wir unsere Unabhängigkeit gewannen, sondern bereits damals, als unser Kampf für unsere Freiheit einsetzte. In Wahrheit wurde dieses neue Indien in dem Augenblick geboren, als ein kleiner, unansehnlicher

Mann aufhörte lediglich ein gewöhnlicher Mr. Gandhi zu sein, sondern zum Symbol und zur Verkörperung des Elends und der Sehnsucht von Millionen einfacher, ungebildeter Massen des indischen Volkes wurde. Das indische Volk nennt ihn den Mahatma, „die große Seele“, weil er es verstand, den tiefsten Bedürfnissen seines Volkes Ausdruck zu verleihen und das sagte, was diese Menschen bisher vergeblich versucht hatten auszusprechen. Nach den Worten eines heiligen Dichters aus Bengal war Gandhi „der Kamm einer Welle“, — aber die Welle selbst war das Volk. Diese Worte kennzeichnen am besten die Bedeutung, die Gandhi für das Leben des indischen Volkes zukommt.

bildete der Konzeption nach eigentlich nichts Neues. Religiöse Lehrer und große Männer haben bereits in früheren Zeiten auf der persönlichen menschlichen Ebene ein solches Konzept vertreten. Aber es war das Genie Gandhis, das nun diese Konzeption auf die Ebene des Masseneinsatzes erhob und sie als Methode der politischen und sozialen Revolution in die Tat umsetzte.

Gandhi hat immer wieder die alten Wahrheiten unserer überlieferten Schriften zum Ausdruck gebracht. Indem er sie im täglichen Leben wahrhaft lebte, verlieh er ihnen eine so einmalige Bedeutung, daß auch der Geringste unter uns zu begreifen vermochte, welche Bedeutung diesen alten Wahrheiten zukommt. Der „Indian National Congress“ — dies war der offizielle Name unserer Partei — war nicht lediglich eine politische Partei in dem hergebrachten Sinn. Der Kongress war vielmehr von Anbeginn an eine Bewegung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaues. Die Mitgliedschaft dehnte sich weit aus im ganzen Lande, bis zu den entferntesten Dörfern, und umfaßte Menschen aller Klassen, Religionen und Kasten. Gleich zu Beginn sah das Programm unserer Partei an der politischen Front die Beseitigung aller Titel und Ehren vor, die die britische Regierung verliehen hatte, in gleicher Weise wie auch den Boykott der von der Regierung errichteten Schulen und Colleges, ferner das britische System der Rekrutierungen und der politischen Wahlen. Darüber hinaus führte das Programm unserer Partei gleich im Anfangsstadium zu einem Bruch mit allen Gesetzen und Verordnungen, die nach unserer Auffassung ungerecht und im Kern ungeeignet waren. Unsere Haupt Sorge war jedoch von Anbeginn an die Landreform, die unser erstes konstruktives Ziel darstellte.

Gewaltlosigkeit als politische Waffe

Die britische Herrschaft in Indien hatte vom Beginn an den Samen für die eigene Auflösung gesät. Politische Unterdrückung, wirtschaftliche Herabwürdigung und soziale Demütigung schufen ein tief verwurzelt, weit verbreitetes Empfinden des Widerstands und weithin Elend unter den Massen, während gleichzeitig liberale westliche Ideen eindringen und die Vision der Freiheit deutlich aufleuchten ließen. Lange schon vor der sogenannten „Mutiny“ von 1857 war es zu bewaffneten Revolten gekommen, die jedoch erfolglos blieben. Seitdem nahm, abgesehen von einzelnen Terrorakten, der Kampf um die Unabhängigkeit einen vollständig anderen Charakter an. Der „Indian National Congress“ zeichnete sich als die erste verfassungsmäßige Manifestierung dieses Kampfes um die Unabhängigkeit aus. Der Nationalkongreß wurde im Jahre 1885 zunächst mit einer kleinen Mitgliederzahl von Engländern und anglisierten Indern gebildet. Aus geringen Anfängen erwuchs dann eine gewaltige Massenorganisation, die im Laufe der weiteren Entwicklung alle Aspekte des indischen Lebens erfassen, das Herz jedes Inders berühren und schließlich zu einer Erschütterung der Grundlagen des Britischen Weltreiches führen sollte. Aus einem bescheidenen Programm anfänglicher Forderungen entstand eine organisierte Agitation, die schließlich zu der passiven Resistenz, der Non-Coope-

ration, und der zivilen Gehorsamsverweigerung und endlich im Jahre 1942 zu der gewaltigen Aufstandsbewegung führte, die in die Geschichte als die „Quit India Movement“ eingegangen ist.

Ganz offensichtlich handelt es sich hierbei um einen politischen Kampf. Dennoch ging das Ziel dieser Massenbewegung wesentlich darauf aus, eine neue, bessere wirtschaftliche und soziale Ordnung zu schaffen. Die politische Unabhängigkeit bildete hierbei nur das unerläßliche Tor, durch das der Weg in die Freiheit führte. Die Anwesenheit einer fremden Regierung auf indischem Boden bildete das große Hindernis, das den Weg zum Fortschritt blockierte und daher beseitigt werden mußte. Unsere Waffe in diesem Kampf war neuartiger Natur — es war die Waffe der Gewaltlosigkeit und die Absage an Haß und Furcht. Diese Waffe

Agrarreform an erster Stelle

Die breite Mehrheit der Bevölkerung Indiens lebt auf dem Land. Das Elend und die Hilflosigkeit der indischen Bevölkerung geht über alle Vorstellungen hinaus. Es hat in Indien Hungerperioden gegeben, in denen mehr als eine Million Menschen zugrunde gingen, und zwar

über die normale Sterberate hinaus, die bisher eine der höchsten Ziffern in der Welt erreicht hatte.

Es war daher durchaus naheliegend und notwendig, daß die Agrar-Reform die Grundlage der Wirtschaftspolitik der Kongreß-Partei bil-

dete. Die übrigen Programmpunkte der Partei sahen den Boykott britischer Waren, insbesondere der Textilien vor. Auf der anderen Seite sollte die Kunst der Handweberei von neuem entwickelt werden, um der großen Armee der Freiheitskämpfer die notwendigen handgewebten Bekleidungsstoffe liefern zu können. Gleichzeitig damit bot die Handweberei den Bauern die Möglichkeit, ihre freie Zeit nutzbringend zu verwenden. Auf der sozialen Ebene sah das Programm unserer Partei das Alkoholverbot (Prohibition), den Kampf gegen die Kastenverfassung, insbesondere gegen das Übel der „unberührbaren Kaste“, die Gestaltung fruchtbarer Gemeinschaften sowie schließlich die Emanzipation der Frauen vor.

Diese Programmpunkte waren von so weitreichender Natur, daß damit tatsächlich das Familienleben der indischen Menschen unmittelbar berührt wurde. Die Zugehörigkeit zur Kongress-Partei bedeutete daher für uns alle nicht weniger als das Beschreiten eines neuen Lebensweges.

Gandhi hatte stets ein sicheres intuitives Gefühl für die Richtigkeit des einzuschlagenden Weges. Gandhi hat niemals die Bedeutung und den Einfluß der Frauen unterschätzt. Er suchte mit allen Kräften die ängstlichen, unterdrückten Frauen nicht nur aus der Geborgenheit des eigenen Heimes herauszuholen, sondern sie sollten darüber hinaus im Kampf um die Freiheit die schwierigsten, härtesten Aufgaben übernehmen. Hierzu gehörte u. a. die mit Tod und Gefängnis bedrohte Aufgabe, das Betreten von Textil- oder Getränkeäden zu verhindern. Einmal im Einsatz auf dem Felde der Aktion, setzten uns alle die Frauen in Erstaunen durch ihren Mut und ihre Ausdauer, durch ihre Fähigkeit zur Führerschaft und zum organisatorischen Aufbau. Es waren dies meistens völlig ungebildete Frauen, die die Vorhut der Frauenbewegung bildeten und auf dem langen Wege zur Emanzipation der indischen Frau entscheidende, geradezu gigantische Schritte vollführten.

Ich habe mich so eingehend hier mit der Person von Gandhi befaßt, weil tatsächlich unsere

heutige politische Führung noch immer wesentlich auf den Grundlagen beruht, die er damals legte. Nach der Erreichung der Unabhängigkeit bezeichneten nun die Annahme der Verfassung und die Schaffung bestimmter notwendiger Maßnahmen wie freie gleiche Wahlen, die Freiheit der Rede und ähnliche Maßnahmen den Fortschritt, den wir auch in der Richtung auf die von uns angestrebten Ziele erreichen konnten. Auf der sozialen Ebene besteht somit bei uns in Indien gemäß der Verfassung die Gleichberechtigung für alle Staatsbürger. Besondere gesetzliche Anordnungen gelten für alle diejenigen, die sich als unterstützungsbedürftig empfinden. Hierzu gehören die „Harijans“ (Kaste der Unberührbaren), ferner die rückständigen Schichten des Volkes, bestimmte Volksstämme und alle diejenigen, die unter dem Begriff der Hilfsbedürftigkeit zusammengefaßt werden können. Die von uns geschaffenen neuen Gesetze über das Erbschafts-, Ehe- und Scheidungsrecht haben wesentlich dazu mitgeholfen, die Stellung der Frau im öffentlichen Leben zu festigen.

Ungelöstes Problem der Armut

Aber das größte Problem, das den Horizont unseres nationalen Lebens verdüstert und schwere Schatten auf die Zukunft wirft, bleibt weiterhin ungelöst — das Problem der Armut mit seiner traurigen Begleiterscheinung der Arbeitslosigkeit. Von dem angestrebten Ziel der wirtschaftlichen Unabhängigkeit sind wir noch weit entfernt.

Noch bevor die Unabhängigkeit Indiens erklärt wurde, erkannte die Kongress-Partei die dringende Notwendigkeit, grundlegende neue Pläne für den Wiederaufbau der nationalen wirtschaftlichen Ordnung aufzustellen. Zu diesem Zweck wurde ein Planungsausschuß gebildet. Im Jahre 1950 begann die Regierung Pläne für den wirtschaftlichen Wiederaufbau aufzustellen, und zwar in der Annahme, daß voraussichtlich 30 Jahre stärkster nationaler Bemühungen notwendig sein würden, bevor das indische Volk als Ganzes eine spürbare Besserung in der individuellen wie der gemeinsamen Lebenshaltung empfinden werde. Von Anbeginn an wurde von seiten der Regierung mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß das Ziel einer planvoll geleiteten Entwicklung nicht allein dahingehe, die landwirtschaftliche und industrielle Produktion zu erhöhen und eine Steigerung der Lebenshaltung der Massen zu erreichen, sondern darüber hinaus vor allem eine soziale und wirtschaftliche Ordnung zu sichern, die auf den ewigen Werten der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Demokratie beruht. Da bisher nur

die kommunistisch geleiteten Staaten eine Planwirtschaft besitzen, besteht vielfach die irrierte Auffassung, daß Planwirtschaft eine kommunistische Erfindung sei und nur kommunistisch geleitete Staaten erfolgreich wirtschaftlich zu planen fähig wären. Wir in Indien sind entschlossen, daß unser Sozialismus auf verfassungsmäßiger Grundlage beruhen soll und nach demokratischen Methoden durchzuführen sei. Vor allen Dingen aber sind wir der Ansicht, daß unser Sozialismus tief in unserer eigenen Kultur und unseren Traditionen verwurzelt sein müsse. Das Wesentliche unserer wirtschaftlichen und sozialen Planung geht dahin, alle verfügbaren Hilfsquellen wie die Arbeitskraft, die Währung und andere Hilfskräfte voll aus-

zunützen, während das Wesen des freien Unternehmertums darauf abzielt, die Entwicklung mehr oder weniger einen zufälligen Gang gehen zu lassen. Unsere Kongress-Partei hat sich grundsätzlich für das Programm des demokratischen Sozialismus und des geplanten Wirtschaftssystems erklärt. Es gibt Menschen, bei denen der Begriff „Sozialismus“ Schrecken auslöst. Wir aber benutzen diesen Begriff, weil er dem am nächsten kommt, was wir glauben aussagen zu wollen. Wir sind keineswegs an doktrinaire Erwägungen gebunden oder Gefangene irgendeiner Ideologie. Wir haben den Sozialismus für uns akzeptiert gerade als das für uns geeignete Werkzeug des sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues.

Noch kein soziales Gleichgewicht

Unserer Gesellschaftsordnung fehlt — darüber sind wir uns völlig im klaren — heute noch das rechte Gleichgewicht. Es gibt in unserem Lande noch immer extreme Gegensätze von Reichtum und Armut. Unser Vizepräsident — ein religiöser Mensch — schrieb einmal:

„Die Macht korrumpiert einige wenige. Aber Armut korrumpiert Millionen. Wenn die Armen die geltende Gesellschaftsordnung in Frage stellen, so tun sie das nicht aus Bosheit oder aus Gier, sondern allein aus dem Empfinden der Hilflosigkeit und des mangelnden Ausgleichs

wie in der Überzeugung, daß die geltende soziale Ordnung keineswegs unvermeidbar, sondern sogar zu verändern ist. Die gesellschaftliche Ordnung stellt ein geschlossenes Ganzes dar. Wenn ein Teil der Gesellschaft den anderen Teil ausbeutet, so leidet dadurch das Ganze. Aus diesem Grund muß unsere Demokratie sozialistisch werden, wenn sie sich selber retten will.“

Wenn wir uns nicht als fähig erweisen, eine wesentliche Besserung in der materiellen Lebenshaltung der Massen des Volkes zu erreichen, ist

die Zukunft unserer Demokratie in Gefahr. In Indien bedeutet das Wort „Sozialismus“ lediglich den generellen Ausdruck der Forderung des Volkes nach größtmöglicher Produktion und die möglichst gerechte Verteilung der Produk-

tionsgüter in demokratischem Geiste. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir uns mit allen Kräften für die Errichtung neuer sozialer und wirtschaftlicher Bedingungen einsetzen und damit notwendigerweise bestimmte Wandlungen

sowohl in dem Prozeß der Herstellung wie der Verteilung der Güter schaffen. Dies ist es, was die Führer unserer Kongress-Partei erklären. Sie geben den wahren Interessen des Volkes Ausdruck, wenn sie für schleunigste soziale und wirtschaftliche Reformen eintreten.

Staatliche Lenkung neben privater Initiative

Es ist allgemein anerkannt, daß die Entwicklungsrates im wirtschaftlichen Produktionsprozeß gerade für die Entwicklungsländer von besonderer Bedeutung ist. Einzelne Unternehmer verfügen in Indien weder über das Kapital noch über die technischen Mittel, um im Sinne einer beschleunigten Entwicklung unserer Wirtschaft die notwendigen Investitionen vornehmen zu können. Unsere Wirtschaft kann sich aber auf der anderen Seite ohne Hilfe nicht entwickeln. Der Staat muß daher aus offensichtlichen Gründen hier ergänzend eingreifen. Es folgt daraus der Schluß, daß ein Wirtschaftssystem, das zugleich auf der Hilfe des Staates wie auf der freien Initiative beruht, den besten Weg darstellt, um das Problem des Wachstums

der nationalen Wirtschaft zu lösen. Es ist völlig irrig anzunehmen, daß in unseren Plänen die gesamte wirtschaftliche Initiative allein beim Staat liegt. Im Gegenteil — das Feld der privaten wirtschaftlichen Unternehmungen ist ein weites, und es gehört zum Wesen einer planmäßig geleiteten Wirtschaft, den öffentlichen wie den privaten Sektor des wirtschaftlichen Lebens in harmonische Übereinstimmung zu bringen. Das Gebiet des staatlichen Sektors ist auf die Schwer- und Grundindustrien, auf das Transport- und Verkehrswesen, auf die Energieerzeugung, auf Projekte mit vielgestaltigen Zweckbestimmungen sowie auf die strategische Kontrolle begrenzt, während die Produktion der Verbrauchsgüter sowie der Sektor der Land-

wirtschaft für private Unternehmungen offensteht. Immerhin — wenn und sofern die staatliche Kontrolle der Wirtschaft über die Grenze einer Förderung der Entwicklung hinausgeht und die privaten Unternehmungen erdrückt, dann werden Berichtigungen in der politischen Führung notwendig und ratsam sein. Eine „Mixed economy“ bedeutet nach unserer Meinung, daß das Gleichgewicht zwischen dem staatlich kontrollierten Sektor und den privaten Unternehmungen, zwischen der Schwerindustrie und der mittleren- und Hausindustrie gewahrt werden muß. Auf diese Weise kann eine volle Verwendung der Arbeitskräfte in den Dörfern parallel gehen mit größeren Plänen der Industrialisierung.

Erfolg des Ersten Fünfjahresplanes

Unser Erster Fünf-Jahresplan führte zu einem gewaltigen Erfolg. Die lange Periode der Stagnierung der Wirtschaft wurde überwunden. Der erste wirksame Einbruch in die Mauer der Armut wurde auf der Ebene des nationalen Einkommens und des Einkommens pro Kopf der Bevölkerung erreicht. Dieser Erfolg veranlaßte uns, den Zweiten Jahresplan in einem größeren und kühneren Rahmen aufzustellen. Hierbei wurden drei langfristige Zielsetzungen festgelegt. Das erste Ziel, das mit dem Zweiten Jahresplan erreicht werden sollte, war die Verdoppelung des nationalen Einkommens für die Periode von 1950/51 bis 1967/68. Das zweite Ziel war die Verdoppelung des Einkommens pro Kopf der Bevölkerung für die Zeit von 1950/51 bis 1973/74. Zu diesem Zeitpunkt soll der Fünfte Jahresplan einsetzen. Unser drittes Ziel bestand nun darin, das Verhältnis zwischen der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung bis zum Ende des Fünften Jahresplanes von 70 Prozent auf 60 Prozent herabzusetzen.

In der Durchführung des Zweiten Jahresplanes ergaben sich nun einige Mängel und Fehler. Es stellte sich heraus, daß die Anforderungen ausländischer Währungen in bedauerlicher Weise unterschätzt worden waren. Jedoch war das Ergebnis dieses Zweiten Jahresplanes durchaus ermutigend. Unabhängige Kritiker unserer Planung erkennen jetzt an, daß einige der entstan-

denen Mängel unserer Planung tatsächlich nur den Ausfluß des geltenden demokratischen Systems darstellen und daß unsere Pläne offensichtlich keineswegs darauf hinzielen, die gesamte wirtschaftliche Aktivität der Nation regeln zu wollen. Welches immer nun die aufgetretenen Widersprüche in unserer Planung sind, so zeigte sich doch eindeutig, daß das wirtschaftliche Leben Indiens Vervielfältigung erfahren

hatte. Eine breite produktive Leistungskapazität war geschaffen worden, deren Erträge weiter im Laufe des Dritten Jahresplans anwachsen werden. Die Bewässerung trockener Landgebiete, die Energieerzeugung und das Transportwesen konnten in erheblichem Ausmaß ausgedehnt werden, die technische und administrative Leistung öffentlicher Unternehmungen waren stark verbessert worden.

Fortschritte auf dem Gebiet der Erziehung und der Volksgesundheit

Auf der sozialen Ebene konnten Fortschritte auf dem Gebiet der Erziehung, der Volksgesundheit, der Planung für das Familienwesen, Erleichterungen im Reiseverkehr, das Anwachsen der städtischen Industrialisierung und Besserung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens erreicht werden. Ein bedeutsamer Fortschritt wurde auf dem Gebiet des Gesundheitswesens unseres Volkes erreicht. In weiten Gebieten wurde die Malaria ausgerottet. Viel wurde geleistet, um die Tuberkulose, Lepra und andere Krankheiten einzudämmen. Die Sterblichkeitsziffer senkte sich schnell; eine hoffnungsvolle Zuversicht in das Leben wuchs im Volk. Das durchschnittliche Sterbealter, das vor der Unabhängigkeitserklärung bei 27 lag, ging auf 42 herunter. Die Folge war ein

Anwachsen der Bevölkerung. Die Bemühungen der Regierung konnten sich damit einem anderen Problem zuwenden. Die Planung für die Regelung des Familienwesens ist stets eine schwierige Angelegenheit und zwar gerade in derjenigen Bevölkerungsschicht, die eine Regelung am meisten benötigt. Denn Kinder sind nicht nur ein Gegenstand der Liebe, sondern gleichzeitig bedeuten sie eine wesentliche Hilfe für die Familie. Dennoch gewinnt diese Bewegung fortgesetzt im Volke an Boden. Es gibt heute in Indien zweimal so viele Menschen mit einer abgeschlossenen Schulbildung als im Jahre 1947. 45 Millionen Knaben und Mädchen sind heute in unseren Schulen eingeschrieben. Colleges und technische Hochschulen gedeihen. Bei unserer Volkszählung im Jahre 1951

betrug die Zahl der Frauen mit einer schulmäßigen Bildung 7 Prozent. Nach Untersuchungen, die im vorigen Jahre vorgenommen wurden, ist diese Zahl jetzt auf 28 Prozent gestiegen. Auch auf anderen Gebieten haben die Frauen gewaltige Fortschritte erzielen können. Heute gibt es bei uns in Indien Frauen, die in

der Verwaltung, im geschäftlichen Leben, im Rechtswesen und anderen Berufen Stellungen einnehmen. Posten von Gouverneuren, Ministern, Richtern und Bürgermeistern sind heute bereits auch mit Frauen besetzt. Aber uns geht es nicht darum, daß einige wenige Frauen hohe Stellungen im öffentlichen und beruflichen

Leben erreichen, uns geht es darum, daß der Status der durchschnittlichen Frau gehoben wird. Bedauerlicherweise werden ihr noch immer die Rechte, die ihr nach dem Gesetz zustehen, von einer unwissenden Öffentlichkeit vorenthalten. Vieles muß noch getan werden, um auf diesem Gebiet das öffentliche Gewissen wachzurütteln.

Ausbreitung modernen Denkens

Langsam, in wachsendem Maße schwinden nun soziale Gepflogenheiten und irrixe Auffassungen dahin und räumen den Platz Maßnahmen, die dem modernen Denken entsprechen. Reisende, die nach mehrjähriger Abwesenheit heute Indien besuchen, erklären uns, daß offensichtlich die Bewegung zu einem Ausgleich der gesellschaftlichen Gegensätze, zu einem größeren inneren Zusammenhalt und innerer Integration feststellbar ist. Aber der bedeutungsvollste Wandel, der sich vollzogen hat, ist nicht ohne weiteres offensichtlich feststellbar. Dies ist der Wandel in der allgemeinen Betrachtungsweise. Dieser Wandel ist nur dann richtig einzuschätzen, wenn man sich die Situation in der Zeit vor der Erringung der Freiheit mit allen ihren feudalen Merkmalen, harten Einschränkungen und Begrenzungen vor Augen hält. Wir haben bei uns zu Hause einen alten, völlig ungebildeten Gärtner. Als ich ein kleines Mädchen war und zur Schule ging, unternahm ich mehrfach den Versuch, ihm ein Mindestmaß an Schulbildung beizubringen. Nach einigen Monaten zeigte sich jedoch, daß er die ihm beigebrachten Buchstaben bereits wieder vergessen hatte. So gab ich meinen Versuch auf. Aber sein Sohn studiert jetzt an einer Handelshochschule. Dies ist nur ein kleines Beispiel. Es gibt deren Tausende. Es ist dies die Geschichte eines Volkes, das jetzt entdeckt, daß sie auch Menschen sind. Wiederholt ist Kritik geübt worden an unserem Programm der Bildung von genossenschaftlichen Gemeinschaften (Community Development Program). Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß diese Gemeinschaften in den Agrargebieten neues Leben geschaffen haben — und in dieser bisher apathischen Bevölkerung das Bedürfnis nach besseren Methoden der landwirtschaftlichen Produktion hervorgerufen und das Bewußtsein der Notwendigkeit von Bildung, sanitären Anlagen, gesundheitsfördernden Maßnahmen usw. wachgerufen haben. Es ist nicht lange her, daß wir bei uns zum Gedächtnis an meine verstorbene Mutter ein Hospital für Frauen errichteten. Monate lang blieb das Hospital leer. Die Menschen im Dorf waren nicht dazu zu bewegen, von diesem Hospital Gebrauch zu machen. Heute ist die Lage die, daß das Hospital dreimal erweitert

werden mußte und selbst dann noch nicht ausreicht, um all die Patienten aufzunehmen, die in dem Hospital Behandlung suchen. Im ganzen Land wächst jetzt der Wunsch nach Polikliniken und Apotheken.

Die verschiedenen Aufgabengebiete werden auf der Ebene des Dorfes in Indien aufgeteilt zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften auf der einen Seite und den „panchayat“ auf der anderen Seite. Die panchayats sind eine der ältesten Institutionen Indiens. Sie tragen politischen und sozialen Charakter, während die landwirtschaftlichen Genossenschaften allein wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben. In den vergangenen Jahrhunderten befanden sich die Dörfer weit entfernt von den verwaltungsmäßigen Zentren der Regierungsgewalt. Das Vorhandensein einer Regierung wurde in den Dörfern eigentlich nur in den Zeiten von Kriegen oder bei der Einsammlung von Steuern gespürt. Könige kamen und Könige gingen,

aber die Dorfrepubliken blieben, was sie waren. Sie regelten ihre Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken und bildeten in sich geschlossene, selbstgenügsame Einheiten. In der Zeit der britischen Herrschaft verloren die panchayats ihre Bedeutung und verschwanden langsam aus dem Leben der Dörfer. Gandhi dagegen war von der Idee der Dorfrepubliken, der Selbstverwaltung der Dörfer, in hohem Maße überzeugt. Heute ist die dörfliche Selbstverwaltung in der Verfassung Indiens verankert. Nach dem jetzt geltenden System wird der panchayat, die Spitze der dörflichen Selbstverwaltung, von der gesamten Dorfgemeinschaft gewählt. Auf diese Weise dringt die demokratische Lebensform in die Dörfer ein, vermittelt der dörflichen Bevölkerung das Bewußtsein der eigenen Verantwortlichkeit. Wir sind alle der Auffassung, daß auf diesem Wege die Initiative für die örtlichen Aufgaben gestärkt und die landwirtschaftliche Produktion erhöht wird.

„Demokratische Dezentralisierung“

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben nun ihrerseits die Aufgabe, das wirtschaftliche Leben des Dorfes zu regeln. Man knüpft an dieses System des dörflichen Lebens die Hoffnung, daß dadurch die Zusammenfassung der örtlichen wirtschaftlichen Kräfte gestärkt wird und damit die Mittelmänner, die früher sowohl die landwirtschaftlichen Produzenten wie die Käufer zum eigenen Nutzen auszubeuten verstanden, verschwinden werden. Wir sind der Ansicht, daß die Menschen ein richtiges Verständnis für das Wesen und die Bedeutung der Demokratie nur dann gewinnen können, wenn sie fortlaufend auf den verschiedensten Gebieten der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Aufgaben der Gemeinschaft mitwirken. Dies ist nun das Ziel unseres Programms für die Entwicklung des dörflichen Lebens, das wir mit dem etwas schwerfälligen Namen „Demokratische Dezentralisierung“ bezeichnen. Man kann sich kaum eine Vorstellung machen, wie schwierig es für den einfachen Bauern im Dorf ist, sich ein Bild von

dem abstrakten Terminus „Demokratie“ zu machen. Vor einigen Jahren sollten ein Führer der Opposition und ich gemeinsam auf einer Versammlung sprechen. Naturgemäß vertraten wir in unseren Reden gegensätzliche Auffassungen. Nach der Versammlung kamen die Ältesten der örtlichen Dorfgemeinschaft zu mir und richteten an mich mit Zeichen sichtbarer Verwirrung die Frage: „Warum läßt der Kongreß, der doch die Macht hat, es zu, daß dieser Mann offenkundig uns die Unwahrheit sagt? Warum darf dieser Mann zu uns sprechen?“ Alle unsere Versuche, ihnen zu erklären, was Redefreiheit und die Verantwortung jedes Redners, der zum Volke spreche, seine Worte sorgsam abzuwägen und allein über seine Ausführungen zu entscheiden, bedeute, blieben ohne jeden Eindruck. Die Männer des Dorfes verstanden in keiner Weise, was diese erklärenden Worte eigentlich bedeuten sollten. Hier zeigt sich von neuem deutlich gerade jene Situation, die durch das panchayat-System beseitigt werden soll.

Auf der Debet-Seite unserer staatlichen Bilanz steht die schwerwiegende Erschöpfung unserer Reserven an ausländischen Währungsmitteln. Die für den Aufbau der Verteidigung benötigten Haushaltsmittel sind in gleicher Weise angestiegen wie die Budget-Beträge, die für die

Verwaltung und die anderen Zweige des Regierungsprogramms benötigt werden. Leider sind demgegenüber die Preise weiter gestiegen, und die Arbeitslosigkeit konnte nicht in dem Maße herabgesetzt werden, wie wir das gehofft hatten.

Streben nach höchstmöglicher Wachstumsrate

Im nächsten Jahre beginnt nun bei uns in Indien der Dritte Jahresplan der Regierung. Der Entwurf zu diesem Plan ist bereits veröffentlicht worden und wurde im Parlament sowie in den verschiedenen Sektoren der öffentlichen Meinung erörtert. Im Verhältnis zu den tatsächlichen Anforderungen, mit denen die Regierung zu rechnen hat, ist dieser dritte Plan keineswegs ein besonders anspruchsvolles Dokument. Wir sind uns aber bewußt, daß nur mit einer äußersten Anstrengung der Teufelskreis von Armut und industrieller Rückständigkeit durchbrochen werden kann.

Die Wachstumsrate der wirtschaftlichen Produktion, auf die der Plan hinzielt, ist für uns nicht eine Frage der Wahl, sondern eine harte Notwendigkeit. Man kann einen Graben nicht mit zwei kurzen Sprüngen überwinden. Professor Kaldor vertritt die Auffassung, daß „ein wirtschaftlicher Plan, der auf einer langsamen Wachstumsrate aufgebaut ist, mit einem Flugzeug zu vergleichen sei, von dem man erwartet, daß es beim Abflug auf der Startbahn nur langsam sich vorwärts bewegt, weil angeblich ein schneller Anlauf gefährlicher sein könnte, während tatsächlich ein Flugzeug, das beim Anlauf auf der Startbahn nicht bereits größte Geschwindigkeit entwickelt, sich niemals vom Erdboden erheben kann.“

Die Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung in Indien liegt heute immer noch so niedrig, daß selbst bei einer Verdoppelung des nationalen Einkommens pro Kopf der Bevölkerung Indien auch weiterhin eines der ärmsten Völker der Welt sein würde. Bei einem Bevölkerungszuwachs von fast 2% im Jahr bedeutet ein Ansteigen des nationalen Einkommens, das nicht eine genügend breite Marge für Kapitalinvestitionen offenläßt, tatsächlich nichts anderes als eine Fortdauer der gegenwärtigen Situation für einen unabsehbar andauernden Zeitraum hinaus. Aber die Frage, die sich stellt, ist nun, ob die Geduld des Volkes noch so lange erhalten wird. Eine Situation der Unterdrückung, wirtschaftlichen Unterentwicklung und großer sozialer Gegensätze bilden die besten Bedingungen, um die kommunistischen Parteien stark werden zu lassen.

Es herrscht heute bereits bei uns ein gewisses Gefühl der Enttäuschung, daß wir nicht schnell genug im Wiederaufbau unseres Volkes vorwärts schreiten. Armut ist für Indien keine neue Erscheinung. Lange Zeit hindurch lebten die Menschen bei uns in größtem Elend. Sie trugen ihr Schicksal mit Resignation und dachten niemals daran, gegen dieses Schicksal zu protestieren. Aber jetzt hat sich die Lage insofern geändert, als unsere nationale Erneuerungsbewegung, die Erringung der Freiheit, die Proklamierung des allgemeinen Wahlrechts, die vielen Programme, die den Massen ein besseres Leben bereiten sollen, nun tatsächlich in gewissem Ausmaße Ungeduld und neue wachsende Forderungen hervorgerufen haben. Aus dieser Situation heraus ergeben sich nun tatsächlich für uns politische Probleme, die zu lösen größte Anforderungen an uns stellen.

So sehr uns daran liegt, alle Anstrengungen jetzt auf den wirtschaftlichen Ausbau zu richten, so ist es doch gerade vom Standpunkt der Demokratie aus nicht möglich, ein solches Vor-

haben auf Kosten des Volkes durchzuführen. Der Präsident der Weltbank, Mr. Black, hat eine Liste solcher Projekte aufgestellt, die unwirtschaftlich sind und daher nicht in Angriff genommen werden dürfen. Hierzu gehört eine Lohnpolitik, die nicht im Einklang mit der nationalen Produktion steht, ferner eine harte Besteuerung der hohen Einkommen zum Ausgleich der sozialen Gegensätze sowie die Aufteilung des Grundbesitzes zugunsten der Bevölkerung, die keinen Grund und Boden besitzt. Derartige Maßnahmen würden die wirtschaftliche Entwicklung am Wiederaufbau hindern, obwohl tatsächlich solche Maßnahmen zu einer größeren Gleichstellung der Bevölkerungsschichten, größerer sozialer Gerechtigkeit und vermutlich seltener auftretenden revolutionären Bewegungen führen würden. Es stellt sich immer wieder die Frage, welche Methoden man nun am besten anwenden kann, um die Menschen von notwendig gewordenen Maßnahmen zu überzeugen. Es zeigt sich als unerlässlich, gewisse Anforderungen zu erfüllen, um demgegenüber andere Forderungen wieder abweisen zu können. Das demokratische Regierungssystem läßt es nun leider zu, daß Enttäuschung und Unzufriedenheit von gewissen Kreisen zum eigenen Nutzen ausgebeutet werden. Um einen Ausgleich bei ausbrechenden Meinungsverschiedenheiten und Gegensätzen, die auf lokaler Ebene in einzelnen Gebieten durch die Agitation politischer Gegner ausbrechen, zu erreichen, ist der Einsatz von Geld und Energie immer wieder notwendig.

Freiwillige Einschränkungen notwendig

Wir haben in Indien eine Anzahl politischer Parteien. Es gibt Menschen, die sich gegen den Grundgedanken in unserer wirtschaftlichen Planung wenden und unseren Dritten Jahresplan von Grund auf mit der Begründung ablehnen, daß durch diesen Plan die Freiheit des Individuums eingeschränkt werde. Aber diese Menschen haben selber keinerlei Antwort und bieten keine Lösung für die verzweifelten Nöte unseres Volkes. Was soll man nun mit all den vielen in Armut und Elend lebenden Menschen machen? Die einzige Freiheit, die sie haben, besteht in der Freiheit zu verhungern, und diese Menschen bilden die überwiegende Mehrheit unseres Volkes. Eine Demokratie kann in einem Volke nur dann auf die Dauer existieren, wenn freiwilliger Verzicht und freiwillige Einschränkungen der einzelnen zugunsten der wirtschaftlichen Notwendigkeiten des ganzen Volkes bestehen. Keine politische Partei wird auf die Dauer bestehen können, wenn sie nicht Rücksicht nimmt auf die Meinung der großen Zahl

der mittellosen Menschen, der Menschen, die keinen Grund und Boden besitzen, die keinen festen Beruf haben, die in ihrer Arbeit unterbezahlt sind. Diese Bevölkerungsschichten erkennen, daß kein Mensch das Recht hat, für sich eine Lebenshaltung nur nach den eigenen Wünschen in Anspruch zu nehmen und daß weiterhin kein Mensch das Recht hat, für sich einen Platz an der Sonne zu fordern, ohne hierbei Rücksicht auf die Bedürfnisse seines Nächsten zu nehmen.

Auf der anderen Seite hat sich nun bei uns die sogenannte „Gandhi-Lösung“ gebildet, die in besonderem Maße geeignet ist, gerade die Hausindustrie zu entwickeln und bestimmte Werte zu sichern; jedoch ist dieser Weg nicht geeignet, den Bedürfnissen einer modernen Industriegesellschaft zu entsprechen. Eines der Hauptziele des Dritten Jahresplanes der Regierung besteht nun darin, entscheidende Fortschritte auf dem Wege zu der Sicherung einer

möglichst sich selbst genügenden Wirtschaftsform zu erreichen. Ein solches wirtschaftliches Wachstum bedeutet, daß Ersparnisse und Kapitalinvestitionen in einem derartigen Ausmaße vorgenommen werden, daß eine höhere Wachstumsrate des nationalen und des individuellen Einkommens auf einer dauerhaften Grundlage gesichert ist. Die in unserem Jahresplan vorgesehene Bildung von Kapitalgütern und der notwendigen technischen Ausrüstungen, die die Investierung ermöglichen, müssen vor dem Land, von uns selbst geschaffen werden. Eine sich selbst genügende Wirtschaft kann nur

erreicht werden, wenn ein Gleichgewicht entsteht sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie. Nach den Erfahrungen, die wir mit dem Zweiten Jahresplan gemacht haben, fußt jetzt der Dritte Jahresplan wesentlich auf der Grundlage eines Aufbaues und Stärkung der Landwirtschaft. Zweifellos ist es richtig, daß Einkommen und Beschäftigung nur nach Maßgabe der Industrialisierung steigen können, aber andererseits kann die industrielle Produktion nicht erhöht werden ohne Ausbau der landwirtschaftlichen Produktivität.

können. Auf verschiedenen Gebieten sucht der Dritte Jahresplan die bereits im Zweiten Jahresplan eingesetzten Bemühungen praktisch zu verdoppeln. So wird auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion eine durchschnittliche Wachstumsrate von 6% und in der Industrie eine Wachstumsrate von 10% der Produktion verlangt. Der Plan verlangt ferner ein Anwachsen der Rate der Ersparnisse von 8% des nationalen Einkommens auf ungefähr 11%. Nach unserer Auffassung ist dieser Plan jedoch nicht wirklich erfüllt, solange nicht die Entwicklung zum Aufbau in fortschreitender Weise immer intensiver wird und die im Plan gestellten Ziele in der Praxis tatsächlich sogar überschritten werden.

Ziele des Dritten Jahresplanes

Die Ziele des Dritten Jahresplanes der Regierung sind nun folgende:

1. Während der Dauer des Planes soll das nationale Einkommen um 5% im Jahr ansteigen.
2. Ansteigen der landwirtschaftlichen Produktion in einer solchen Höhe, um den Anforderungen der Industrie und der Ausfuhr genügen zu können, mit eigener Bedarfsdeckung der Getreideversorgung.
3. Ausbau der Grundindustrien wie Stahl, Kohle und Energie-Erzeugung.
4. Volle Ausnützung der Arbeitskräfte des Landes und weiterer wesentlicher Ausbau der vorhandenen Arbeitsplätze.
5. Herabsetzung der Ungleichheiten im Einkommen und im Vermögen mit dem Ziele, eine gleichmäßige Verteilung der Wirtschaftskraft des Volkes zu erreichen.

Diese Ziele des Dritten Jahresplanes bedeuten im wesentlichen eine Ausweitung der bereits im Zweiten Jahresplan angestrebten Ziele, aber diesmal wird besonderes Schwergewicht auf die eigene Bedarfsdeckung in der Getreideproduktion gelegt. Bei der Aufstellung dieses Planes wurden Landwirtschaft und Industrie als zwei gleichbedeutende integrale Teile des gleichen wirtschaftlichen Prozesses betrachtet. Gegenwärtig ist bei uns in Indien ein Zustand erreicht, wo der weitere Fortschritt in der Landwirtschaft zu einem erheblichen Ausmaße davon abhängt, daß der Aufbau der Industrie in einer neuen wissenschaftlichen Weise erfolgt. Denn ohne industriellen Fortschritt wird es auf die Dauer nicht möglich sein, der Landwirtschaft all die Hilfsmittel wie landwirtschaftliche Maschinen, Kunstdünger, elektrischen Strom usw. zu liefern, die sie lebenswichtig für den Aufbau braucht. In der gleichen Weise hängt jetzt das Wachstum der Industrie und der Wirtschaft als ein Ganzes wesentlich von dem Ansteigen der landwirtschaftlichen Produktion ab. In dem Dritten Jahresplan wird nun das besondere Schwergewicht auf den Ausbau der menschlichen Arbeitskräfte gelegt. Das hat eine Reihe von

Maßnahmen zur Folge, die darauf hinzielen, das Niveau der Produktionskräfte der Nation als Ganzes zu heben und technische und wissenschaftliche Kenntnisse und Befähigung soweit als möglich im Volke zu verbreiten. In diesem Sinne schafft der Dritte Jahresplan neue Erleichterungen für eine freie und allgemeine Erziehung aller Kinder in der Altersklasse von 6 bis zu 11 Jahren. In den kommenden beiden Jahresplänen werden Maßnahmen enthalten sein, um die allgemeine Erziehung der Kinder bis zum Alter von 14 Jahren zu sichern. In dem gegenwärtigen Jahresplan sind bestimmte minimale Ameliorationen in den landwirtschaftlichen Distrikten vorgesehen: so der Bau von Straßen, die die einzelnen Dörfer mit der nächsten Hauptstraße oder Eisenbahnstation verbinden, ferner der Bau von Schulgebäuden in den Dörfern, die gleichzeitig als Gemeinschaftszentren des Dorfes dienen sollen. Soweit als möglich suchte dieser Plan ferner die einfachsten grundlegenden Notwendigkeiten für den einzelnen Staatsbürger sicherzustellen und zwar in erster Linie die Nahrung, ausreichende Versorgung mit Trinkwasser, Bekleidung, elementare Schulbildung, Gesundheits- und Sanitätswesen, Hausbau und in fortschreitendem Maße möglichst Arbeit für jedermann.

In dem Dritten Jahresplan ist versucht worden, die vorhandenen Arbeitsplätze weiter auszubauen und besonders die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in der richtigen Weise einzusetzen. Aber immer noch entsprechen die verfügbaren Arbeitsplätze in keiner Weise den vorliegenden Anforderungen. Die Zahl der Anwärter für den Arbeitseinsatz liegt nach den bisherigen Schätzungen bei ca. 15 Millionen, während die verfügbaren Arbeitsplätze bisher auf 14 Millionen geschätzt werden. Es entsteht somit ein Überschuß an Arbeitskräften in Höhe von ca. einer Million. Aus diesen Angaben geht hervor, daß die Ziele des Dritten Jahresplanes im Verhältnis zu den vorliegenden Bedürfnissen durchaus vielgestaltiger Art sein müssen. Jedoch darf nicht unterschätzt werden, welche gewaltige Anforderungen nötig sind, um auch nur diesen begrenzten Plan durchführen zu

Von einigen Seiten ist Kritik an den Maßnahmen des Planes hinsichtlich des Aufbaues der Stahl- und Maschinenbau-Industrie sowie der Öl- und Energie-Erzeugung geäußert worden. Wenn man aber objektiv die heutige Lage betrachtet, so muß man zugeben, daß die in dem Jahresplan festgelegten Richtlinien keineswegs zu niedrig gehalten sind. Der Jahresplan sieht eine Leistungskapazität der Stahlindustrie von 10,2 Millionen t Stahl für das Jahr 1965/66 vor gegenüber der bisherigen Produktion von 9,7 Millionen t. Das Maschinenbauprogramm befindet sich augenblicklich im Zustand der vollen Durchführung und ist durch die notwendigen auswärtigen Kredite im Fortgang gesichert. Ausländische Währungen sind nur in einem verhältnismäßig geringen Ausmaße zur Durchführung dieses Programms erforderlich geworden. Der Aufbau der Maschinenbau-Industrie bedeutet tatsächlich den entscheidenden Schritt zur Industrialisierung des Landes und ist durchaus sowohl von wirtschaftlichen wie von verschiedenen anderen Gesichtspunkten aus begründet. Hinsichtlich der Energie-Erzeugung besteht im ganzen Land ein wachsendes Bedürfnis. Die Energie-Erzeugung bildet in jedem Land einen äußerst wichtigen Faktor und gleichzeitig die notwendige Voraussetzung für schnelles wirtschaftliches Wachstum. Nach dem vorliegenden Programm der Energie-Erzeugung, den die Planungskommission aufgestellt hat, ist in langfristiger Planung für das Ende des Fünftens Jahresplanes eine Produktionskapazität von 30 Millionen kW vorgesehen.

Der schleunige Fortschritt der Industrialisierung und der Verstärkung, der Ausbau der Landwirtschaft, insbesondere der Milchwirtschaft, haben nun in Verbindung mit der zunehmenden besseren Ernährung der Bauern und der Arbeiter zu einem Anwachsen der Anforderungen nach Brotgetreide geführt. Diese Anforderungen werden vermutlich in der nächsten Zeit weiter anwachsen. In dem Jahresplan ist als Ziel eine Minimalproduktion von Brotgetreide mit 100 Millionen t festgesetzt, wobei gleichzeitig versucht wird, möglichst eine Produktionshöhe von 105 Millionen t zu erreichen.

Die Preispolitik der Regierung wird, wie wir hoffen, zu einem scharfen Rückgang der landwirtschaftlichen Preise als Folge der Überproduktion führen.

Der Dritte Plan sieht weiter eine Erhöhung der Investierung von dem gegenwärtigen Niveau von 11 % des nationalen Einkommens auf 14 % vor. Nur wenn die Investitionen ein solches Ausmaß annehmen, kann das nationale Einkommen in einem Ausmaß von 5 % im Jahre ansteigen. Daraus ist zu folgern, daß die notwendigen Verbindungen für die Kapitalinvestitionen geschaffen werden müssen. Die Lage ist auf diesem Gebiet im Dritten Jahresplan günstiger als im Zweiten. Mehrere unserer industriellen Projekte, die sich bisher im Zustand des Aufbaues befanden, fangen jetzt bereits an, Überschüsse abzuwerfen; eine weitere günstige Entwicklung ist zu erwarten. Eine andere Methode, um die notwendigen Mittel für Investitionen zu schaffen, besteht in öffentlichen Anleihen sowie in den eigenen Ersparnissen, die nach den bisherigen Vorschlägen von 8 % auf 11 % erhöht werden sollen. Die Finanzierung des Haushaltsdefizits ist in Angriff genommen worden. In dem Dritten Jahresplan ist das Defizit weit geringer als in dem Zweiten Plan.

Auswärtige Hilfsquellen können durch ansteigende Ausfuhr und damit wachsenden Zufluß auswärtiger Zahlungsmittel erreicht werden. Jedoch besteht hier eine gewisse Grenze.

In dem gegenwärtigen Zeitraum sind wir noch nicht in der Lage, genügend Maschinen- und technische Ausrüstungen für den Aufbau unserer eigenen Industrie herzustellen. Wir streben daher an, die gegenwärtige Periode der Abhängigkeit von ausländischer Hilfe möglichst herabzusetzen, obwohl in dem gegenwärtigen Zeitabschnitt wesentliche auswärtige Hilfe unumgänglich ist. In der Vergangenheit haben internationale Institutionen wie insbesondere die Weltbank in der Hilfeleistung für Indien eine bedeutungsvolle Rolle gespielt. Weitere Hilfe ist uns aus dem Colombo-Plan erwachsen. Wir haben ferner Unterstützung von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Westdeutschland und der Sowjetunion erhalten.

Die finanziellen Anforderungen, die aus dem Dritten Jahresplan entstanden sind, sind höher und drängender als die der vorhergehenden Jahrespläne. Ein New Yorker Bankier bezeichnet unser neues Entwicklungsprogramm als „eine der kühnsten Operationen der Welt“. Mr. E. G. Schuyten, der stellvertretende Vizepräsident der American Express Company's Overseas Banking Department erklärte, daß die

Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber der amerikanischen Monatszeitschrift „The Yale Review“.

wirtschaftliche Entwicklung Indiens nicht nur Milliarden von Dollar, sondern auch die koordinierte Unterstützung der indischen Freundschaft gegenüberstehenden Nationen erforderlich mache. Die Weltbank hat in den Unterstützungsmaßnahmen für Indien die Führung übernommen und handelt gegenwärtig als Verbindungsglied zwischen den Vertretern der die Anleihen gewährenden Institutionen sowie zu der indischen Regierung und den auf dieser Ebene mitarbeitenden Nationen wie auch den Geschäftsführern und den Bankiers mit dem Ziel, die finanziellen Hilfsmaßnahmen zu koordinieren und einen maximalen Nutzen zu sichern. Es ist gegenwärtig erforderlich, alle verfügbaren industriellen und finanziellen Kräfte für die Ziele des Aufbaues gemeinsam einzusetzen. Ein führendes britisches Blatt schrieb kürzlich:

Große Schwierigkeiten, aber auch Zuversicht

Wenn ich in diesem Beitrag so lange mich mit den bereits erreichten Leistungen beschäftigt habe, so bedeutet dies nun keineswegs, daß ich unsere Fehler und unser Mißlingen übersehe oder zu ignorieren suche. Wir in Indien haben durchaus eine Neigung zu Selbstkritik und Selbstprüfung. Zweifellos gibt es vieles bei uns, was zu bedauern und zu kritisieren ist. Aber wir müssen hierbei doch immer wieder die gewaltigen Schwierigkeiten mit in Rechnung stellen, mit denen wir zu kämpfen haben. Die Jahre der Unterdrückung und der politischen Versklavung haben Spuren in unserem Lande hinterlassen. Überbleibsel der früheren feudalen Denkungsweise sind immer noch spürbar. Obwohl die bisherigen traditionellen und sozialen Lebensformen in Auflösung begriffen sind, bilden sich neue Formen nur langsam heran. Jedes neue Problem und jedes noch so geringe Programm unserer Aufbau-Arbeit wird eine wesentliche Erschwerung durch die Weite unseres Landes, die Verschiedenheit der Kulturen und der Sprachen, der Kleidung und der Ernährung und durch den verschiedenartigen Status der Entwicklung in unserem Volke erfahren. Trotz der vielfachen Differenzen, Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zwischen Einzelgruppen in einem der Staaten Indiens oder zwischen zwei Staaten besteht dennoch ein starkes Band der Gemeinschaft, das wir aus den vergangenen Zeiten übernommen haben und das uns eint. Unabhängig von den Hunderten von kleinen Königreichen und Fürstentümern, die in den früheren Jahrhunderten bestanden,

„Der Weg Indiens zu dem ausländischen Kapitalmarkt trägt praktische Züge und unterliegt, wenn er einmal in Indien zugelassen ist, keinerlei diskriminierenden Bestimmungen gegenüber den indischen öffentlichen oder privaten Unternehmungen. Die Männer, die in Indien die neuen Aufbaupläne erstellen, sind hierbei keineswegs von Erwägungen eines engen Nationalismus bestimmt. Sie sind darauf ausgerichtet, ausländische Partner für das Abenteuer des Aufbaues von Indien zu gewinnen — ein Abenteuer, das vielleicht eines Tages sich letztlich vorteilhaft nicht nur für Indien, sondern auch für die ganze Welt auswirken wird.“

Jedenfalls wird es für uns ohne ausländische Hilfe auf die Dauer außerordentlich schwierig werden, die gestellten notwendigen Ziele zu erreichen.

kommt in unseren alten Sagen und epischen Dichtungen immer wieder nur Indien als ein einheitliches Land zum Ausdruck. Durch die vielen überkommenen Legenden und durch die vielen Stätten religiöser Lehren in allen vier Ecken unseres Landes und durch die vielen religiösen Pilgerzüge, denen jedes Jahr nach wie vor Millionen von Menschen folgen, wird immer wieder die Einheit Indiens proklamiert. In gleicher Weise lehren uns die Vedas — die ältesten Schriften der Welt — den Wandel als ein Gesetz des Lebens anzunehmen. Diese Schriften lehren uns ferner, die Vielgestaltigkeit der Wahrheit zu achten und die Würde des Individuums anzuerkennen. Infolge der Gebrechlichkeit des menschlichen Wesens weichen wir zwar oft von unserem hohen Ideal ab. Wir zeigen ein soziales Verhalten, das eine Absage an diese Prinzipien bedeutet. Dies ist die Ursache vielfacher Leiden unter uns. Konfutius sagt:

„Unser größter Ruhm liegt nicht darin, daß wir niemals fallen, sondern daß wir jedesmal wieder aufstehen.“

In dem heutigen wiedergeborenen Indien kämpfen wir im modernen Leben von neuem, unsere überkommenen Symbole zu verwirklichen.

Anmerkung:

Indira Gandhi, 1919 geboren. Indische Politikerin. Einzige Tochter Mahatma Gandhis. Studium in Oxford. Seit frühester Jugend dem indischen Freiheitskampf verbunden. Mitglied der Kongreßpartei; von Febr. bis Dez. 1959 Vorsitzende dieser Partei.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

Arnold Bergstraesser: „Erwachsenenbildung als politische Aufgabe“

Gustavo Costa: „Die kommunistische Presse Italiens“

Frederic Lilge: „Makarenko“

Golo Mann: „Bismarck“

Otto Schiller: „Das Wesen der kommunistischen Gefahr — Die ‚Verbürgerlichung‘ in der Sowjetunion“

Karl Seidelmann: „Der Generationsprotest der Jugendbewegung in gegenwärtiger Betrachtung“

Karl C. Thalheim: „Die Wachstumsproblematik der Sowjetwirtschaft“

Egmont Zechlin: „Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche“ (IV. Teil)

* * * : „Berlin, Deutschlands Hauptstadt“

* * * : „Fridtjof Nansen“

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.